

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

12. Woche für die Zeit vom 14. bis 20. März 1896.

Posen, 23. März 1896.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 65 des Kuryer Poznański
vom 18. März 1896:

Man theilt uns aus Berlin mit, daß Graf Soluchowski auch bei den Abgeordneten Moty und Cegielski seine Karten abgegeben hat.

Aus Nr. 67 des Dziennik Poznański
vom 20. März 1896:

Was soll das heißen?

In der heutigen Mittag-Ausgabe des Posener Tageblatts (Nr. 134) lesen wir Folgendes: Offiziös wird geschrieben: „Wenn in den Landestheilen mit polnisch gemischter Bevölkerung hier und da über ein laues Verhalten einiger Beamten gegenüber polonisirenden Bestrebungen und gegenüber den von deutscher Seite dagegen zu ergreifenden Maßregeln der Abwehr geklagt worden ist, so dürfte Vorsorge dahin getroffen sein, daß in der Folge zu berechtigten Klagen dieser Art kein Anlaß gegeben wird.“

Was soll das heißen? Gehören denn noch zu wenige Beamte in unserer Gegend dem H.-R.-T.-Vereine an? Soll vielleicht die Handvoll Beamten, die sich von der unwürdigen antipolnischen Heze fern halten, mit Gewalt in das Lager der H.-R.-Tisten hineingetrieben werden? Soll denn die Zugehörigkeit zu dem Vereine als obligatorisch betrachtet werden? Trotz alledem, was wir in letzter Zeit regierungsseitig gehört haben, nehmen wir nicht an, daß in Regierungskreisen eine derartige Begriffsverwirrung eingetreten sein sollte, daß man nicht mehr in der Lage sei, zu unterscheiden, was recht und gerecht ist? Wir wollen lieber annehmen, im vorliegenden Falle handele es sich um einen so genannten „balon d'essai“, um eine Einschüchterung der noch nicht der antipolnischen Heze angehörenden Beamten und um Ausübung eines Drucks auf dieselben, damit sie sich dem hafatistischen Lager anschließen. Damit dies auf die Beamten Eindruck macht, giebt man der Nachricht einen officiösen Charakter. Jedenfalls verlangt die Sache durchaus von maßgebender Seite aufgeklärt zu werden.

Generalversammlung des polnischen Volksbibliotheken-Vereins.

Am Montag, den 9. März d. Js., Mittags 12 Uhr fand im Saale des Hotel de France hier selbst die diesjährige Generalversammlung des polnischen Volksbibliothekenvereins unter recht geringer Betheiligung statt. Erschienen waren nur 23 Vereinsmitglieder, darunter drei Geistliche. Der Vereinsvorsitzende Fürst Czartoryski-Siedlec eröffnete pünktlich um 12 Uhr die Versammlung, indem er zum Vorsitzenden derselben den Professor Dr. Wituski hier selbst in Vorschlag brachte. Von den Versammelten einstimmig als solcher gewählt, berief dieser zum Schriftführer den Redakteur des Wielkopolanin Lebinski. Der nunmehr zur Verlesung gekommene Geschäftsbericht für das Jahr 1895 hatte folgenden Wortlaut: „Aus den vielen Aufrufen des Vorstandes des Volksbibliothekenvereins in Posen ist bekannt, daß wir auch in dem abgelaufenen Jahre fortwährend mit einem großen Geldmangel zu kämpfen hatten. Ungeachtet dessen verschickten wir an die älteren und neueren Volksbibliotheken 15545 Bücher, gründeten jedoch nur 43 neue Bibliotheken. Laut Verzeichniß sind bis jetzt im Ganzen 1341 Volksbibliotheken gegründet worden, von denen verhältnismäßig nur ein geringer Theil seine Thätigkeit nicht nach Wunsch entwickelt. In den meisten Fällen gelingt es unseren Bemühungen, die todten Bibliotheken neu zu beleben; Personen, die sich als Bibliothekare eignen, haben wir stets zur Verfügung. Schwieriger gestaltet sich die Sache mit dem Einsammeln von Beiträgen, obwohl wir auch in dieser Beziehung zu unserer Freude feststellen können, daß das Volk selbst die Verpflichtung zu empfinden beginnt, unserem Verein helfend unter die Arme greifen zu müssen. In einigen Kreisen haben wir in dieser Hinsicht musterhafte Mitarbeiter. Selbst Damen reihen sich unter unsere Fahne und arbeiten eifrig. Viele Kreise sind jedoch vollständig verwaist und es ist unmöglich, willige und eifrige Delegirte zu finden. Unsere Kritikkommission nahm in diesem Jahre nur 20 neue Bücher in ihr Verzeichniß auf, während sie 61 Bücher als ungeeignet zurückwies. Zu unserer Freude stellen wir fest, daß die Leselust ungemein zunimmt; daraus folgt also, daß der Volksbibliothekenverein gut und vorchriftsmäßig seine Aufgabe erfüllt. Am Schlusse des Jahres wurden wir behördlicherseits aufgefordert, ein Mitgliederverzeichnis unter Angabe der Mitglieder des Vereinsvorstandes einzureichen, welcher Anforderung wir genügten. Von den größeren Städten haben Posen und Gnesen unsere engere Organisation angenommen und wir wollen wünschen, daß auch die anderen Städte diesem Beispiele folgen. Ueberhaupt tragen die Städte zur Förderung und Kräftigung des Vereins recht wenig bei.“

Aus der Zusammenstellung der Vereineseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1895 ist zu ersehen:

A. Einnahmen.

1) Jahresbeiträge	5430,61 Mk.
2) Außerordentliche Einnahmen:	
a. N. N.	400,00 Mk.
b. Vom Dziennik Poznański	1348,53 "
c. " Kurjer Poznański	259,52 "
d. " Wielkopolański	237,95 "
e. " Gazeta Gdanska	167,85 "
f. " Gazeta Toruńska	64,40 "
g. " Gonic Wielkopolski	10,00 "
h. An verschiedenen Beiträgen	277,45 " = 2765,30 "
Zusammen = 8195,91 Mk.	

B. Ausgaben.

1) Fehlbetrag aus dem Jahre 1894	65,02 Mk.
2) Einkauf der Bücher	5681,96 "
3) Büchereinband	1749,70 "
4) Verwaltungskosten	1122,33 " = 8619,01 Mk.

Der Fehlbetrag ist = 423,10 Mk.

Nach Verlesung des Kassenrevisionsberichts, gegen welchen nichts einzuwenden war, wurde dem Vereinsrendanten, praktischen Arzt Dr. Kapuscinski, Quittung ertheilt und ihm durch Erheben von den Sätzen der Dank für seine Mühewaltung ausgedrückt.

Da der Vereinsvorstand keine Anträge zu stellen hatte, wurde um 1½ Uhr Nachmittags die Versammlung geschlossen.

**Generalversammlung
des Dr. Marcinkowski'schen Vereins zur
Unterstützung der lernenden Jugend im Groß-
herzogthum Posen.**

Am Montag, den 9. März d. J., fand im großen Bazarjaale hierelbst die diesjährige Generalversammlung des Dr. Marcinkowski'schen Vereins zur Unterstützung der lernenden Jugend der Provinz Posen statt. Unter den 103 erschienenen Vereinsmitgliedern waren 31 katholische Geistliche. In Vertretung des erkrankten Vereinsvorsitzenden, Medizinalraths Dr. Ossowicki, begrüßte der Domherr Bendzinski die so zahlreich erschienenen Vereinsmitglieder und bemerkte, daß die Vorstandsmitglieder Reichstagsabgeordneter Gegielski, Prälat Hebanowski-Neustadt b. P., und Professor v. Sakowicki hierelbst ihr Nichterscheinen telegraphisch bzw. schriftlich entschuldigt hätten. Nachdem der p. Bendzinski zum Vorsitzenden der Versammlung den Probst Gajowiecki-Kolmar i. P. in Vorschlag gebracht und derselbe auch einstimmig als solcher gewählt wurde, ernannte Letzterer den Rechtsanwalt Wolinski und den praktischen Arzt Dr. Johann Panienski (nicht den Kreisphysikus) zu Schriftführern. Nachdem p. Wolinski den Bericht über den Verlauf der vorjährigen Generalversammlung vorgelesen hatte, ersucht der Vorsitzende den Professor Dr. Wituski, den Verwaltungs- bzw. den Geschäftsbericht für das Jahr 1895 vorzutragen. Derselbe lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt: „Wir legen Ihnen, geehrte Herren, hiermit den Geschäftsbericht für das Jahr 1895, den 55. seit dem Bestehen unseres Vereins, vor. Mit Freuden heben wir hervor, daß das Jahr 1895 zu den günstigen Jahren in der Geschichte unseres Vereins gehört. Die in den Kreisen gesammelten Beiträge, die bereits im Jahre 1894 sich etwas gehoben hatten, stiegen im Jahre 1895 ebenfalls und zwar im Verhältniß zu der Gesamtsumme ganz bedeutend, weil um 7½ Prozent. Dieselben erreichten die Höhe von 23 000 Mark. Ein derartiges Ergebniß verdanken wir dem großen Eifer einzelner Kreiscomitees, welche ihre Organisation ausgedehnt und diejenigen Bevölkerungs-

schichten herangezogen haben, die bis jetzt zu den Vereineseinnahmen nichts beigetragen, dieselben jedoch am meisten in Anspruch genommen hatten. So weist z. B. der Kreis Kolmar i. P. im Mitglieder-Verzeichniß über 50 bauerliche Wirthe auf. Außerordentlich hoben sich auch die Beiträge im Kreise Ostrowo und zwar von 355,75 Mark im Jahre 1894 auf 1199,25 Mark. Die Stadt Bromberg führte eine regelrechte Organisation durch, und während sie im Jahre 1894 nichts beisteuerte, hatte sie diesmal 641,25 Mark an Beiträgen aufgebracht. Gnesen schickte uns 515,80 Mark. Aus diesen Beispielen folgern wir, daß, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, auch noch die übrigen mittleren Städte Stadtkomitees zum Zweck energischerer Thätigkeit bilden müßten. Wir sprechen der Mühewaltung der Kreisrendanten und deren Sammlern unsere Anerkennung hiermit aus. Die Thätigkeit derselben war jedoch nicht in allen Kreisen gleich. Die Beiträge verringerten sich in einigen Kreisen, wie Lissa, Kempen, Koschmin und Gnesen-Land. Zwei andere Kreise, die wir nicht nennen wollen, sandten in Folge bedauerndwerther Ursachen bedeutend niedrigere Beiträge. Der eine dieser Kreise, welcher für aus demselben Kreise stammende Stipendiaten 2200 Mark mehr erhält, als er der Vereinskasse einzahlt, brachte mitten im Jahre, als über unsere Mittel bereits Verfügung getroffen war, einen Tertianer mit der gleichzeitigen Drohung in Vorschlag, daß, falls der Kandidat nicht berücksichtigt werden sollte, viele Mitglieder aus dem Verein ausscheiden würden. Der Vereinsvorstand konnte damals wegen Mangel an Mitteln diesem Verlangen nicht entsprechen und hob dasselbe für das nächste Jahr auf. Aus diesem Kreise, welcher bisher ziemlich gleichmäßig beisteuerte, flossen 33 Prozent weniger ein. In dem anderen Kreise ließ sich eine Anzahl größere Beiträge zahlender Mitglieder aus der Liste der Vereinsmitglieder streichen, als der im Laufe des Jahres vorgeschlagene Kandidat keine Berücksichtigung gefunden hatte und überwies ihre Beiträge zur Unterstützung ihres Ortskandidaten. Auch aus diesem Kreise flossen der Hauptkasse 45 Prozent weniger als in dem Vor-

jahre zu. Der Vereinsvorstand stellte den Herren, welche für einen Knaben so leidenschaftlich eintraten, vor, doch erwägen zu wollen, zu welchen Schlußfolgerungen derartige Praktiken in unserem Vereine führen müßten. Wenn die Solidarität des Vereins zu Schaden kommen sollte, wenn auf den Vereinsvorstand ein Druck ausgeübt wird, ohne zu fragen, ob Mittel vorhanden sind oder nicht, also verlangt wird, daß entgegen dem Willen der Legatäre das Kapital verringert wird, dann würde unser blühender Verein seinem Verfall entgegengehen. Dies sind vereinzelt negative und ungesunde Erscheinungen in dem sonst kerngesund und vorschriftsmäßig arbeitenden Organismus unseres Vereins. Wir erachteten es aber für unsere Pflicht, dieselben den Herren nicht zu verheimlichen. — Wie mehr unten nachgewiesen wird, haben wir für unsere Stipendiaten im Ganzen 51095,50 Mark ausgegeben. Von diesem Betrage entfallen auf Gymnasien, Real- und Mittelschulen 19481,50 Mark, für die sogenannten praktischen Berufe, Technik z. 17035 Mark und für die auf Universitäten studierende Jugend nur 14575 Mark. Der Jugend der Vorbereitungsschulen wurden also zwei Fünftel der Einnahme überwiesen. Anmeldungen für diese Abtheilung gehen am zahlreichsten ein; dieselben können jedoch nicht alle berücksichtigt werden. Ein einseitiges Ueberschreiten dieser im Verhältniß zu den Fonds zu hohen Summen gestattet die Rücksichtnahme auf das Ganze nicht. Wie bereits erwähnt, zahlten wir für die sogenannten praktischen Berufe, d. h. für die technische Ausbildung im Maschinen- und Baufach (mit Ausnahme der technischen Akademie), für Pharmazeuten z. im Ganzen 17037 Mark aus. Nach dieser Richtung hin wurden gute Gesuche nach Möglichkeit berücksichtigt. Bemerkt muß jedoch hier werden, daß sich gerade auf diesem Gebiete Gesuchsteller ohne genügende Schulvorbereitung melden. Es kommt vor, daß wir sogar von den Komitees warm befürwortete Eingaben von Gesuchstellern erhalten, welche nach Beendigung der Elementarschule, oder nachdem sie, aus Quinta oder Quarta abgegangen, als Maurer- oder Schlosserlehrlinge ausgelernt haben, um Stipendien zum Besuch einer technischen Schule bitten. Dergleichen Kandidaten bleiben bereits im ersten oder zweiten Kursus der technischen Schulen zurück, sie vermehren nur die Zahl der Halbgebildeten und verfehlter Existenzen. Um mit Erfolg solche Anstalten zu verlassen, wie z. B. die Baugewerkschule in Posen, Wittweida, Rötten, Ilmenau u. a., ist eine Sekundanerbildung oder die einer Mittelschule erforderlich. — Die Zahl unserer Universitäts-Stipendiaten fängt an sich allmählich zu heben, obwohl wir noch im Jahre 1895 nur 14575 Mark zu Universitäts-Stipendien verausgabt haben. Die akademische Jugend widmet sich jetzt immermehr allen Fakultäten und nicht, wie bis jetzt, nur ausschließlich der Medizin. Es ist dies eine erfreuliche Erscheinung und wir werden diese Richtung nach Kräften unterstützen, da dieselbe den dringenden und wichtigen Bedürfnissen unserer Gesellschaft entspricht. Dieses große Entgegenkommen und der Nutzen, welchen der Verein im Laufe der Jahre der Allgemeinheit erwiesen, kommt gerade in seinen akademischen Zöglingen am meisten zum Vorschein. Eine etwas bessere Finanzlage hatte uns ermöglicht, im Jahre 1896 21 neue akademische Stipendiaten aller Fakultäten anzunehmen.

Die außerordentlichen Beiträge waren im Jahre 1895 bedeutend niedriger, als in dem Vorjahre.

Ein genaues Verzeichniß werden Sie, meine Herren, an entsprechender Stelle finden. Sie werden in dieser Spalte zum Theil bekannten, seit langer Zeit alljährlich sich wiederholenden Namen und Be-

trägen begegnen, wie z. B.: der Bazar-Genossenschaft mit 3000 Mark, Frau Wanda Frezer mit 600 Mark, von dem verstorbenen Grafen Marzell Buinski 251 Mark, vom Rechtsanwalt Eichowicz und Dr. Buski 200 Mark, vom Sanitätsrath Dr. Kochler, Dr. Jerzykowski, Rechtsanwalt Grondzielewski, Rechtsanwalt Wyczynski je 100 Mark u. s. w.

Den Vereinsvorstand bildeten im Jahre 1895 nachgenannte Personen:

- 1) Medizinalrath Dr. Ossowicki, Vorsitzender,
- 2) Domherr Bendzinski, stellvertr. Vorsitzender,
- 3) Abgeordneter S. Gegielski,
- 4) Domherr von Schaust,
- 5) Prälat Hebanowski,
- 6) Professor L. von Jakowicki, Schriftführer,
- 7) Abgeordneter Wl. Jerzykiewicz, Rentant,
- 8) Sanitätsrath Dr. Kochler,
- 9) Graf Miecisl. von Kmielecki,
- 10) Graf Joseph von Mielzynski,
- 11) Dekan Sadowski,
- 12) Professor Dr. Wituski,
- 13) Dekan Wolinski,
- 14) Sanitätsrath Dr. Zielewicz,
- 15) Graf Theodor von Zoltowski.

Kassen-Bericht.

I. Nachweisung der Einnahmen im Jahre 1895.

A. Gewöhnliche Jahresbeiträge:

Gld. Nr.	Aus dem Kreise:	Betrag M. Pf.
1.	Bomst	243,—
2.	Bromberg	477,35
3.	Kolmar i. P.	401,05
4.	Czanikau und Jilehne	360,—
5.	Gnesen	675,55
6.	Grätz	560,—
7.	Gostyn	300,—
8.	Jarotschin	580,—
9.	Inowrazlaw	1050,—
10.	Kempen	183,10
11.	Kosten	808,—
12.	Koschmin	98,—
13.	Krotoschin	305,—
14.	Lissa	127,—
15.	Birnbaum und Schwerin	223,—
16.	Mejeritz	98,—
17.	Mogilno	—,—
18.	Neutomischel	434,—
19.	Obornik	450,—
20.	Idelnau	425,65
21.	Ostrowo	1199,25
22.	Schildberg	275,—
23.	Pleschen	706,11
24.	Posen-Ost	319,85
25.	Posen-West	703,50
26.	Rawitsch	310,—
27.	Schmiegel	556,30
28.	Schroda	883,65
29.	Schrimm	1340,—
30.	Strelno	753,10
31.	Samter	1497,—
32.	Schubin	368,—
33.	Wongrowitz	893,50
34.	Wittowo	687,—
35.	Breschen	500,—
36.	Fraustadt	151,85
37.	Wirsz	250,—
38.	Znin	364,—
39.	Bromberg-Stadt	641,25
40.	Posen-Stadt	2791,80
Zusammen		22989,86

B. Außergewöhnliche Beiträge:

	M. Pf.
Bazar in Posen	3000,—
Frau Wanda Frezer	600,—
Dr. Drobnik vom Industrie-Verein	339,—
Dr. Pawlowski in Friedrichshof	300,—
Graf Wlad. Bninski vom Vermächtniß des Grafen M. Bninski	251,25
Durch Vermittelung des „Dziennik Poznański“	229,—
Stefanski-Berlin	225,—
Rechtsanwalt Eichowicz-Posen	200,—
Dr. Buski-Posen	200,—
Szymanski-Gostyn	200,—
Theod. von Radonski für 3 Jahre Beiträge	108,—
Rechtsanwalt Grondzielewski-Schrimm	100,—
Dr. Leciejewski-Goluchowo	100,—
Rechtsanwalt W. Wyczynski-Strasburg i. Westpr.	100,—
Krzyszankiewicz-Gleiwitz	100,—
Peter Umbreit-Posen, Apotheker	100,—
Heinrich Umbreit-Posen, Apotheker	100,—
Stanisl. Pawel-Wreschen	100,—
Dr. Koehler-Posen	100,—
Vikar Dr. Dalbor-Posen	100,—
Dr. S. Jerzykowski-Posen	100,—
Roman Parowicz-Gottenberg	100,—
Dr. Johann Panienski-Posen	70,—
Durch Vermittelung des „Kurier Poznański“	65,—
Dr. Szuman-St. Lazarus	60,—
Dr. Szufalski	53,—
Dr. Szuman-München	50,—
A. Smisniewicz	50,—
Dr. Alkiewicz-Storchneft	50,—
Stanisl. Charaszkiewicz-Punitz	50,—
Dr. Szufalski-Krone a. Br.	50,—

A. Arndt-Berlin	50,—
Gräfin Mielzynska-Dresden	50,—
Herr J. K.	50,—
Frau Hedwig Callier	40,—
Verein „Rosciusko“ in Gurtichin	30,—
Landwirthschaftlicher Verein an Stelle des Kranzes für den verstorbenen Orłowski	30,—
Rechtsanwalt Bielewicz-Danzig	30,—
Propst Swidzinski-Moncznit	25,—
J. K.-Berlin	20,—
Fürst Sapieha	20,—
Professor Popiel	20,—
Herr Grodzicki	20,—
Herr Roznecki	10,—
Frau Storażewska	10,—
J. Piorek-Harburg	20,—
Alkiewicz-Zerkow	20,—
Brodzki-Bromberg	20,—
C. Thiel-Breslau	15,—
Turn-(Sokol)-Verein-Gostyn	10,—
Propst Rakowicz	10,—
Dr. St. K.	10,—
Liebetanz-Meseritz	9,—
Zusammen	7769,25

C. Nachweisung der Zinsen.

Für Kupons von Werthpapieren	20559,16
Zinsen von in den Banken untergebrachten Beträgen	3530,43
Desgl. von Legaten	3507,17
„ „ Hypotheken	1222,30
„ „ anderen Beträgen	60,04
Zusammen	28879,30

II. Nachweisung der Ausgaben im Jahre 1895.

A. Universitäts-Stipendiaten:

Im ersten Vierteljahr 1895 an 31 Studirende	4300,00	Mark.
„ zweiten „ „ 29 „	3625,00	„
„ dritten „ „ 26 „	3300,00	„
„ vierten „ „ 25 „	3350,00	„
zusammen	14575,00	Mark.

B. Techniker, Apotheker, Baubeflissene u. s. w.

Im ersten Vierteljahr 1895 an 58 Stipendiaten	4673,00	Mark.
„ zweiten „ „ 46 „	3930,00	„
„ dritten „ „ 41 „	3827,00	„
„ vierten „ „ 58 „	4607,00	„
zusammen	17037,00	Mark.

C. Gymnasiasten:

Im ersten Vierteljahr 1895 an 154 Schüler	4929,80	Mark.
„ zweiten „ „ 144 „	4608,40	„
„ dritten „ „ 156 „	5011,80	„
„ vierten „ „ 152 „	4956,20	„
zusammen	19506,20	Mark.

Es wurden nicht gezahlt	24,70	„
zusammen	19481,50	Mark.

D. Zinsen-Nachweisung vom eisernen Fonds:

An Erblasser, die sich die Zinsen bis zu ihrem Ableben vorbehalten haben	1879,35	Mark.
--	---------	-------

E. Verwaltungskosten des Vereinsvorstandes und der Kreiskomitees:

Für Porto, Drucksachen, Geschäftszimmer, Registratur, Boten, Rechnungen der Kreiskomitees	2735,67	Mark.
---	---------	-------

F. Erbschaftssteuer-Stempel:

Von dem M. von Waligorski'schen Vermächtniß	258,90	Mark.
---	--------	-------

III. Nachweisung der Fonds.

A. Der eiserne Fonds.

Laut Rechenschaftsbericht für das Jahr 1894 betrug der eiserne Fonds im Nennwerth	562067,68	..	545367,68	Mark.
Hinzugekommen sind im Jahre 1895 vom:				
1) Propst Kasimir Nowacki in Jon	1000,00	..	1000,00	"
2) Erzbischof v. Stabrowski von einer nicht genannt sein wollenden Person	5000,00	..	5000,00	"
3) Bischof Wikowski vom J. K.	3000,00	..	3000,00	"
4) Hippolit Pasierbski	16000,00	..	16000,00	"
5) Graf J. Wielzynski	16400,00	..	16400,00	"
6) Gabriele Springer	850,00	..	850,00	"
7) Emilie Milewska	600,00	..	600,00	"
8) Felicia Wieruszewska	600,00	..	600,00	"
9) Justizrath von Jazdzewski	300,00	..	300,00	"
10) Kamilla Winkler geb. Kurowska	300,00	..	300,00	"
11) Antonie Jaworowicz geb. Lewandowska	300,00	..	300,00	"
12) Nikolaus Wirski	300,00	..	300,00	"
13) Theodor Au	100,00	..	100,00	"
zusammen	605504,00	..	588804,00	Mark

B. Der eiserne Fonds, von welchem die Geber Zinsen beziehen:

Propst K. aus G.	15075	Mark.
" J. G.	13500	"
" D. Dahlmann	9600	"
" Brzezinski	3600	"
" Anton Brzezinski	3000	"
" K. aus W.	2000	"
" G.	1000	"

Im Jahre 1895 kamen hinzu an Zinsen:

Von dem Dahlmannschen Fonds	300	"
" J. G.	500	"
	48575	Mark.

Dem eisernen Fonds überwiesen:

Den Graf Wielzynskischen Betrag	=	16400	Mark
und den p. Wikowskischen Betrag	=	3000	"
		19400	Mark.

Abrechnung am Schluß des Jahres 1895.

Aktiva.

Konto der Universitätsstudirenden	14575,00	Mark.
" " Techniker u. s. w.	17037,00	"
" " Gymnasiasten	19481,50	"
" " Verwaltung zc.	2735,57	"
" " gezahlten Zinsen	1879,35	"
" " Werthpapiere	534995,30	"
" " Banken und Darlehns-genossenschaften	75687,00	"
" " Hypotheken	29332,00	"
" " Vermächtnisse	86975,00	"
" des Erbschaftssteuerstempels	258,90	"
" der rückgezahlten Darlehne	300,00	"
" des Kassenbestandes	18174,85	"
	801431,57	Mark.

Passiva.

Konto der gewöhnlichen Jahresbeiträge	22989,86	Mark.
" " außergewöhnlichen Jahresbeiträge	7769,25	"
" " Zinsen	28879,30	"
" des eisernen Fonds	588804,00	"
" " mit Vorbehalt der Zinszahlung	48575,00	"
" " Domherr Sibilschischen Fonds	2000,00	"
" " Dispositionsfonds aus dem Jahre 1894	15439,16	"
" der Vermächtnisse	86975,00	"
	801431,57	Mark.

Das Verlust- und Gewinnkonto am Schluß des Jahres 1895.

Ausgaben.		Einnahmen.	
An Stipendien	51 093,50 Mark.	An gewöhnlichen Beiträgen	22 989,86 Mark.
" Zinsen	1 879,35 "	" außergew. Beiträgen	7 769,25 "
" Bureauunkosten	2 735,67 "	" Zinsen	28 879,30 "
" Erbschaftsteuerstempel	258,90 "	" Dispositionsfonds aus dem Jahre 1894	15 439,16 "
Erstattet an den eisernen Fonds	300,00 "		75 077,57 Mark.
Kursverluste	635,30 "		
Kassenbestand	18 174,85 "		
	<u>75 077,57 Mark.</u>		

Schlußrechnung am 1. Januar 1896.

Konto de. Werthpapiere (nom.) 553 460	534 360,00 Mark
" " Banken	75 687,00 "
" " Hypotheken	29 332,00 "
" " ausgeliehenen Vermächtnisse	86 975,00 "
" des Bestandes in Baar	18 174,85 "
	<u>744 528,85 Mark.</u>
Konto des eisernen Fonds (nom.) 605 504	585 804,00 Mark
" " mit Vorbehalt der Zinsen	48 575,00 "
" " der Vermächtnisse	86 975,00 "
" des Domherr Sibilsfischen Fonds	2 000,00 "
" " Dispositionsfonds für 1896	18 174,85 "
	<u>744 528,85 Mark.</u>

Mit Bezug auf die beiden in dem Jahresberichte erwähnten Kreise, welche dem Vereinsvorstande mit dem Austritte aus dem Verein drohten, wenn die von ihnen in Vorschlag gebrachten Kandidaten keine Stipendien erhalten sollten, ersucht Rechtsanwalt v. Glembocki, die Entrüstung der Generalversammlung darüber in folgenden Worten zum Ausdruck zu bringen: „Die Generalversammlung bedauert lebhaft den Bruch der Solidarität und die Verletzung der alle Vereinsmitglieder bindenden Gesetze, sowie den auf den Vereinsvorstand ausgeübten Druck seitens einzelner Kreiskomitees und einiger Vereinsmitglieder und spricht ihre Zufriedenheit aus, daß der Vereinsvorstand diese Desorganisations-Erscheinungen selbst in erster Linie mit gebührender Entschiedenheit zurückwies.“ Vorstehende Worte wurden seitens der Generalversammlung einstimmig zum Beschluß erhoben. — Der vom Rechtsanwalt Cypicki-Koschmin, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes polnischer Industrie-Vereine, gestellte Antrag: a. in den Vorstand des Dr. Marcinkowskischen Vereins drei Mitglieder der Industrie-Vereine aufzunehmen; b. in dem nächstjährigen Etat Mittel für die Ausbildung der Jugend in solchen Zweigen des Handels, Gewerbes und der Industrie auszuwerfen, in welchen der Mangel sich empfindlich fühlbar macht, wurde zu b mit Rücksicht darauf, daß ausweislich des soeben vorgelegten Jahresberichtes für die technischen, industriellen u. Berufe bereits 17 035 Mark und für Real- und Mittelschulen 19 481,50 Mark seitens des Vereins gezahlt worden sind, zurückgewiesen. Was den Antrag unter a anbelangt, so wurde vom Vorstandstische auf die rechtlichen Zweifel desselben aufmerksam gemacht, denn eine so enge Vereinigung des Marcinkowskischen Unterstützungsvereins mit Vereinen, die ganz andere Zwecke verfolgten, könnte den Ersteren einer ernststen Gefahr aussetzen. Zum Schluß sei bemerkt, daß diesmal die sogenannten Jungpolen, d. i. indirekte Anhänger der Volkspartei, sich sehr lebhaft an den Debatten der Generalversammlung betheiligten und einen Einfluß auf den Vereinsvorstand auszuüben sich bemühten. Die sonst glatt verlaufenden Verhandlungen wurden dadurch sehr in die Länge gezogen, so daß der Schluß der Ver-

sammlung erst gegen 8 Uhr, also nach vierstündiger Dauer, erfolgte. Das Gebiet der Politik wurde nicht bestritten.

Generalversammlung der polnischen Bauernvereine.

Die diesjährige Generalversammlung der polnischen Bauernvereine fand am Dienstag, den 10. März d. Js. im großen BazarSaale hier selbst statt. Erschienen waren etwa 600 Vertreter derselben, welche von ihrem Patron, dem Rentner Maxim. v. Jackowski mit kurzen Worten begrüßt wurden. Die beiden aus Westpreußen erschienenen Wirthe Balcarzewicz und Jilarski wurden ersucht, am Vorstandstische Platz zu nehmen. Demnächst ernannte p. Jackowski den Rittergutsbesitzer v. Chlapowski-Gozdaniin und den Wirth Stenpa aus Dombrowa zu Schriftführern und die Bröpste Krzyzanowski-Kamieniec und Klarowicz-Schrimm, den Rittergutsbesitzer v. Zychlinski-Uzarzewo, die Wirthe Thomas Janaszak-Slupny und Antezak-Krajfowo zu Beisitzern und begrüßte den Vertreter des landwirthschaftlichen Zentralvereins Grafen Lacki-Lipnica, sowie die Vorsitzenden der einzelnen Bauernvereine, z. B. den Fürsten J. Czartoryski-Sielec, Szuldrzynski-Bolechowo, v. Kurnatowski-Pozarowo, Karl v. Chlapowski, Marzell v. Zoltowski, Dr. v. Jackowski u. A. Nachdem der Vorsitzende auch die recht zahlreich (30) erschienenen Geistlichen begrüßt und die Versammelten aufgefordert hatte, das Andenken der im letzten Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder durch Erheben von den Sitzen zu ehren, theilte er aus dem im Druck erschienenen Jahresberichte etwa Folgendes mit: Das abgelaufene Jahr sei für die Landwirthschaft ein recht trauriges und ungünstiges gewesen, trotzdem habe daselbe die bäuerlichen Wirthe nicht entmuthigt; dieselben arbeiteten nach wie vor eifrig für das Wohl der Bauernvereine und bemühten sich, durch Fleiß und Sparsamkeit das zu ersetzen, was sie in Folge der großen Dürre der letzten Jahre und der niedrigen Getreidepreise eingebüßt hätten. Die ruhige und vorschriftsmäßige Arbeit, welche die

Bauernvereine ausgezeichnet, und die dadurch erzielten Vortheile verdienten allgemeines Vertrauen, dem auch zu verdanken sei, daß in dem abgelaufenen Vereinsjahre wieder 9 neue Vereine gegründet wurden. In 5 Dorfgemeinden, deren Wirth die Gründung von Vereinen beantragt hätten, konnte diesem Verlangen wegen Mangel an geeigneten Leitern nicht entsprochen werden. Zwei Bauernvereine und zwar in Gultomy und in Lutom seien eingegangen. In allen Kreisen seien Bauernvereine im Verhältniß zu der Landbevölkerung ziemlich zahlreich vorhanden, mit Ausnahme der westlichen Kreise, in denen an Stelle der stolzen Adelsitze nur noch polnische Begräbnißplätze vorzufinden seien; dasselbe Schicksal drohe dem Kreise Breschen, in welchem die Bürgerchaft die Bedeutung der Bauernvereine und deren Aufgaben nicht verstehen wolle oder könne. Zur Zeit beständen Bauernvereine in folgenden Kreisen:

1)	Im Kreise Bomst	4
2)	" " Baf.	8
3)	" " Bromberg	3
4)	" " Kolmar i. P.	2
5)	" " Czarnikau	2
6)	" " Gnesen-Wittowo	9
7)	" " Inowrazlaw-Strelno	14
8)	" " Jarotschin-Pleschen	17
9)	" " Kosten	9
10)	" " Koschmin-Krotoschin	7
11)	" " Birnbaum	1
12)	" " Mogilno	9
13)	" " Lissa	1
14)	" " Dornik	2
15)	" " Ostrowo-Adelnau	8
16)	" " Schildberg-Kempen	10
17)	" " Posen-Ost und West	13
18)	" " Rawitsch-Gostyn	12
19)	" " Samter	8
20)	" " Schubin-Inin	12
21)	" " Schroda	14
22)	" " Schrimm	9
23)	" " Wongrowitz	9
24)	" " Breschen	5
25)	" " Wirsz	3
26)	" " Stralsburg i. Westpr.	1

Zusammen 192 Vereine.

Selbstverständlich sei das Gedeihen der vorgenannten Vereine nicht bei allen das gleiche, 10 Prozent derselben gäben kaum noch ein Lebenszeichen von sich und 3 Prozent würden nur noch listlich geführt in der Hoffnung, daß vielleicht aus ihnen noch etwas werden könnte. Zu den Letzteren gehörten die Vereine in Kirchl.-Strzyzewo, Hochberg, Siemianice, Breschen, Gostowo und Wysoka.

Wie ein steter Tropfen selbst Steine aushöhle, so hätten die durch mehr denn 20 Jahre in den Versammlungen gehaltenen Reden und wiederholten Lehren zum großen Theil die Vorurtheile besiegt und die Vereinsmitglieder überzeugt, welche Wohlthat für sie die Bauernvereine seien. Sehr oft hörte man Stimmen, die da behaupten, die Bauern würden die für die Landwirtschaft so traurigen Zeiten nicht überstehen und müßten große Noth leiden, wenn nicht die rationellere Wirtschaftsweise, die sie in den Vereinsversammlungen lernten, sie vor dem gänzlichen Untergange rettete. Der Jahresbericht hebt sodann lobend hervor, daß viele bäuerliche Wirth nunmehr auch dem Gartenbau, der Obst- und Bienenzucht mehr Aufmerksamkeit widmeten und aus diesen landwirtschaftlichen Betrieben nicht unerhebliche Einnahmen aufzuweisen hätten. Auch sorgten die Vereinsmitglieder jetzt mehr für die Wiesenverbesserung, Kainit und Thomaschlacke würden reichlich und mit

gutem Erfolg angewendet. Hand in Hand mit den größeren Heuvorräthen hebe sich auch der Viehstand. Viele Wirth hätten bereits Stallfütterung eingeführt und lieferten Milch an Molkereien oder betrieben Mastwirthschaft. Drainagegenossenschaften seien im letzten Jahre in folgenden Vereinen ins Leben gerufen worden: 1. in Niepart, 2. in Granowo für Druzyn, 3. in Cerekwica, 4. in Baf für Großdorf und Dobiezyn, 5. in Kosieczki für Sierakowo, Mirosławice und Rudumek, 6. in Szadlowitz, 7. in Wilczyn. Die Verwendung künstlicher Düngemittel sei für die Wirth unentbehrlich geworden, sie hätten die Eigenschaften derselben kennen gelernt und brächten sie in geeigneter Weise zur Anwendung. Die alljährlich sich höher stellenden Ernteerträge spornen zu immer ergiebigerem Gebrauch des künstlichen Düngers an. Im vergangenen Jahre seien 42000 Zentner verkauft worden.

Die Versicherung gegen Feuerichaden sei immer noch nicht in dem Maße durchgeführt, wie es im Interesse der Landwirthe wünschenswerth wäre. In manchen Gegenden, wie in den Kreisen Baf, Bromberg, Bomst, Kosten, Inowrazlaw, Schroda und Posen seien die Wirth meist versichert, dagegen gehörten Feuerversicherungen in den anderen Kreisen zu den Ausnahmen. Die Hausindustrie beginne Lebenszeichen von sich zu geben; in einigen Vereinen habe man mit Anpflanzungen von Korbweiden begonnen, in anderen werden bereits Körbe angefertigt. Bei manchen Elementarschulen habe man Handfertigkeitschulen eingerichtet, in welchen die Knaben Haus- und Küchengeräthe anfertigen lernten. Solche Schulen beständen in Borek, Köbnitz, Gnesen, Kempen, Krotoschin, Kriewen, Kions, Kurnik, Alexko, Ostrowo, Schildberg, Posen, Schrimm, Wollstein, Wirsz und Zabikowo. Die in der Nähe solcher Schulen wohnenden Vereinsmitglieder sollten von denselben Gebrauch machen. — Vereinsdarlehnskassen seien für die Vereinsmitglieder eine Wohlthat. Im abgelaufenen Jahre sei in Gluschin eine neue derartige Kasse entstanden; im Ganzen beständen bis jetzt acht Darlehnskassen und ein Konsumverein in Lojewo. — Der Wohlstand hebe sich, wenn auch nur langsam. Das Vereinsmitglied Michael Bielucha in Wierzenica, Besitzer von 170 Morgen, habe das 700 Morgen große Vorwerk Krzyzownik gekauft; Michael Bruf in Wirsz, welcher 46 Morgen erbe, besitze heute bereits 260 Morgen und habe außerdem das Propsteiland, 485 Morgen, gepachtet zc. Hier auf ertheilte der Vorsitzende dem Wirth Jelski das Wort zu einem Vortrage über häusliche Webindustrie. Der Vortragende brachte einen ganzen Korb voll Tisch- und Handtücher, sowie Hemden, Jacken, wollenen Schürzen und Tücher mit, welche, 12 bis 20 Jahre bereits in Gebrauch, dennoch hielten und welche heute noch neuen Fabrikzeugnissen vorzuziehen wären. Alle diese Gegenstände gingen in der Versammlung von Hand zu Hand. Der nächste Redner, M. v. Zoltowski-Godurowo sprach über „Das Wasserrecht“; der Patron v. Jackowski über den „Einfluß der Sparamkeit auf die Erhaltung der einzelnen Wirthschaften“. Redner trat energisch auf gegen die Hazardspiele, gegen das zu häufige Besuchen der Wochen- und Jahrmärkte, namentlich aber gegen die sprichwörtlich gewordene polnische Gastfreundschaft und Gastfreiheit, mit welcher viel Mißbrauch, namentlich bei Hochzeiten, Kindtaufen pp., getrieben werde. Der nächstfolgende Redner, Redakteur des Poradnik gospodarski (landwirtschaftlicher Rathgeber), Kasimir Brownsford, sprach über „Das Verwerfen der Rüge“, indem er viele praktische Mittel und Rathschläge gegen diese Krankheit ertheilte. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft

und da seitens der Erschienenen keine weiteren Anträge gestellt wurden, so schloß der Vorsitzende, nachdem er den Rednern für ihre Mühe und den Vereinsmitgliedern für den ruhigen und ernstlichen Verlauf der Versammlung gedankt hatte, um 4 Uhr die Versammlung.

Im Anschluß an die stattgefundenen Generalversammlung weist der Dziennik Poznański darauf hin, daß die Bauernvereine im nationalen Organismus der polnischen Gesellschaft die bedeutendste Rolle spielen. Diejenigen, welche die Worte „Volk“ und „Liebe zum Volk“ unausgesetzt im Munde führten, und dieselben zu Parteizwecken mißbrauchten, hätten in den Versammlungen Gelegenheit, Betrachtungen über den Unterschied zwischen That und bloßer Redensart zu machen. Diese jährliche „Generalrevue“ über die 8000 Mann starke Armee von Mitgliedern der Bauernvereine weise immer günstigere Ergebnisse der fruchtbaren Thätigkeit jener Männer nach, welche der Gesamtheit jedes Jahr eine stetig anwachsende Schaar neuer, ihrer Bürgerrechte sich bewußter Männer zuführten.

General-Versammlung des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins.

Am 9., 10. und 11. März 1896 fanden in den Sälen des Hotel de France und des Bazar's hier selbst die diesjährigen Generalversammlungen des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins der Provinz Posen statt. Erschienen waren am ersten Tage etwa 70, meist dem polnischen Adel angehörende Großgrundbesitzer. Die katholische Geistlichkeit fehlte gänzlich. Der Vereinsvorsitzende, Rittergutsbesitzer Stanislaus v. Zoltowski-Niechanowo, eröffnete die Versammlung kurz nach 6 Uhr Abends und führte in seiner kurzen Begrüßungsrede etwa Folgendes aus: Erneut zum Vereinsvorsitzenden gewählt, fühle er das Bedürfnis, für die ihm zu Theil gewordene Ehre und für das ihm bewiesene Vertrauen seinen tiefempfundenen Dank von dieser Stelle aus den Vereinsmitgliedern auszudrücken. Ob der Zentralverein sich auf der bisherigen Höhe seiner Aufgaben auch in Zukunft werde erhalten können, das werde von der Rührigkeit und Entwicklung der Schwestervereine abhängen, deren Vorhandensein und Thätigkeit bei den für die Landwirthschaft z. Zt. so ungemein traurigen Verhältnissen immer dringender und erforderlicher sei. Ob die Regierung auf gesetzgeberischem Wege den vorhandenen Nothstand abzustellen gedenke oder vermöge, darüber müßte man sich jedes Urtheils enthalten, da die Ansichten nach dieser Richtung ungemein auseinandergingen. Zu den erfolgreichsten Mitteln sei der auch von der Regierung mit vielem Wohlwollen aufgenommene Vorschlag der dreiprozentigen Pfandbriefskonversion zu bezeichnen. Es sei zu hoffen, der Landschafts-Direktion werde es gelingen, auf dem Geldmarkte für die Schuldner günstige Bedingungen zu verschaffen. Das Inslebentreten des Gesetzes, betreffend die Landwirthschaftskammern, gäbe keine Veranlassung zur Ueberschätzung derselben, die Befugnisse dieser Korporation seien jedoch nicht von der Hand zu weisen. In Betreff der Zuckersteuervorlage sei die polnische Reichstagsfraktion in einer nochmaligen Bittschrift zu ersuchen, geschlossen gegen den betreffenden Entwurf zu stimmen. Der Vereinsvorsitzende ersuchte zum Schluß, das Andenken der 21 im abgelaufenen Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder durch Erheben von den Sitzen zu ehren und einen Vorsitzenden für die drei Tage dauernde Ge-

neralversammlung zu wählen. Die Versammlung wählte demnächst den Grafen Kwilecki-Dobrojewo zum Vorsitzenden, welcher seinerseits den Redakteur E. Brownsford und Heinrich v. Zoltowski zu Schriftführern ernannte. Nachdem die Tagesordnung seitens der Erschienenen angenommen war, theilte der Vorsitzende aus dem Geschäftsbericht mit, daß dem landwirthschaftlichen Zentralverein 11 Rustikalvereine angehörten. Die Mitgliederzahl sei von 678 auf 657 gefallen. An die Zentralkasse seien von den Schwestervereinen 2600 Mk. abgeführt worden, also 721 Mk. weniger als im Vorjahre, was für das einzelne Mitglied 4,05 Mk. gegen 4,62 Mk. im Vorjahre ausmache. Hierauf verlas der Abgeordnete v. Santa-Polczynski den Jahresbericht des Patronats der polnischen Bauernvereine für das Jahr 1895 und Graf Adam Grudziński denjenigen des polnischen Zentral-Gartenbauvereins, worauf Dr. Franz Szymanski „über die Bestellung der Zwischenfrüchte“ gemäß den Fingerzeigen von Schulz-Lupitz eine Vorlesung hielt. Der folgende Redner v. Zoltowski-Niechanowo sprach über den neu gegründeten Posener Verein für Pferdezucht und empfahl, die Bestrebungen desselben zu unterstützen, sowie die bauerlichen Wirththe anzuregen, dem Verein beizutreten. Alle diesbezüglichen Gesuche seien an den Gestütsdirektor v. Rathusius-Zirke zu richten.

Nummehr kam das Zuckersteuerprojekt zur Berathung, mit welchem sich, wie bekannt, eine außerordentliche Generalversammlung bereits im Dezember vorigen Jahres beschäftigt hat. Der Vereinsvorsitzende von Zoltowski-Niechanowo sprach die Befürchtung aus, daß die Aussichten für die Vorlage sich gebessert hätten, da es der Regierung durch ihr Einverständniß mit der Erhöhung des Kontingents auf 17 Millionen Doppelzentner gelungen sei, die Opposition der Fabrikanten wesentlich abzuschwächen. Die Zuckerfabriken stellten, nach Ansicht des Redners, hier zu Lande keine kapitalistischen, sondern landwirthschaftliche Unternehmen dar, da die Rübenbauer zum größten Theil Aktionäre der Zuckerfabriken seien. Würde der Entwurf Gesetz, dann könnten die Fabriken unter den Rübenbauern eine „Vizitation in minus“ veranstalten und den Zuckerrübenbau einschränken. Zum Schluß empfahl Redner, den in der Dezember-Versammlung gefaßten Beschluß, welcher sich entschieden gegen den Entwurf wendet, nochmals anzunehmen, im schlimmsten Fall aber der polnischen Fraktion zu empfehlen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß eine Kontingentirung des Rübenbaues erfolge. Als Fabrikant erklärte sich der Direktor der Zuckerfabrik in Inowrazlaw, v. Grabski, ebenfalls gegen den Entwurf, erachtete jedoch den letzten Vorschlag des Vorredners wegen der verschiedenen Ertragsfähigkeit des Bodens für unannehmbar. von Zoltowski-Niechanowo bezeichnete die Rede des Abgeordneten von Komierowski im Reichstage für so diplomatisch, daß sich die eigentliche Ansicht der polnischen Fraktion nicht herauserkennen lasse. Die in der Versammlung anwesenden Reichstagsmitglieder Dr. von Dziembowski und von Santa-Polczynski erwiderten hierauf, die polnische Fraktion habe sich in ihrer bezüglichen Sitzung einstimmig gegen den Entwurf erklärt und werde ihre Haltung nicht ändern, sondern im Sinne der Landwirththe der Provinz handeln. Rittergutsbesitzer von Lubieski-Klonczyn sprach ebenfalls gegen den Entwurf und bemerkte, daß die Einschränkung des Rübenbaues in der Provinz Posen, die ja doch eine nothwendige Folge der Kontingentirung der Zuckerfabriken wäre, für die Landwirththe des Ostens in jeder Beziehung verhängnißvoll sein müßte und daß ferner von dem betreffenden Reichstagsbeschluß das Geschick tausender beim Rübenbau beschäftigter Arbeiter abhängig sei.

Es empfehle sich daher die Rückkehr zu der im Jahre 1891 aufgehobenen Materialsteuer d. h. Rübensteuer, die eine rationelle Kontingentirung des Rübenbaues in sich schließe. An der weiteren Besprechung dieser wichtigen Frage theilnahmen auch noch Joseph v. Grabski-Skotnik, von Kurnatowski-Pozarowo, von Skarzynski-Splawie u. A., die sich Alle gegen den Gesetzesentwurf erklärten. Auf Antrag des p. von Zoltowski wurde eine Kommission, bestehend aus dem Zuckerfabrik-Direktor von Grabski-Inowrazlaw, von Lubinski-Kionczyn, Dr. Witold von Skarzynski-Splawie und von Zoltowski-Niechanowo gewählt, welche in der nächsten Plenarsitzung eine diesbezügliche, an die polnische Reichstagsfraktion abzugebende Resolution zur Beschlussfassung unterbreiten soll. Hiermit erreichte die Generalversammlung am Montag, den 9. März d. Js. ihr Ende. Der Vorsitzende, Graf Kwilecki-Dobrojewo vertheilte die Sektionsaufgaben und schloß die Versammlung gegen 10 Uhr Abends. Am nächstfolgenden Tage und am Mittwoch, den 11. März, Vormittags fanden Sitzungen der einzelnen Abtheilungen statt. Am Nachmittage des dritten Tages, kurz nach 12 Uhr, fand die zweite Plenarsitzung statt, in welcher die Berichterstattungen aus den einzelnen Abtheilungen (Sektionen) erfolgten. Hierauf erhielt der Gutsbesitzer Gorzewski-Bezowo das Wort zum folgenden Vortrage: „Ist der Ertrag aus der Fabrikation roher Stärke bei Berücksichtigung des Nutzens, den das Bewässern der Wiesen mit den Abwässern aus der Stärkefabrik mit sich bringt, wesentlich genug, um zum Bau solcher Fabriken anzuregen?“ Redner kam in seinen langen und gründlich durchdachten Ausführungen zu dem Schluß, daß die vorstehend aufgeworfene Frage entschieden zu bejahen sei, da er von seinen sonst wenig ertragfähigen Wiesen fast unglaubliche Heuerträge erzielt habe. Sodann sprach Rittergutsbesitzer Dr. v. Trzevinski-Popowo über die Frage, „ob die beabsichtigten öffentlichen Getreideläger sich als nützliche Einrichtungen für unsere Landwirtschaft empfehlen?“ Redner bejahte die Frage, während Dr. von Skarzynski und Dr. Adam von Zoltowski ganz entgegengesetzter Ansicht waren.

Hierauf kam nochmals die bereits in der ersten Plenarsitzung besprochene Zuckersteuervorlage zur Verhandlung und nach sehr lebhaften Erörterungen wurde folgende, von Dr. von Skarzynski-Splawie vorgelegte Resolution angenommen: „Die Generalversammlung des landwirthschaftlichen Zentralvereins bittet die polnische Fraktion im deutschen Reichstage, in der Kommission sowohl, als auch bei der zweiten Plenarberatung entschieden gegen das Zuckersteuergesetz zu stimmen, ohne sich in Unterhandlungen mit Bezug auf die Einzelheiten desselben einzulassen. Dies ganze Gesetz beeinträchtigt im Prinzip die am meisten durch die Agrarkrise betroffenen östlichen Provinzen des deutschen Kaiserreichs. Die Aufrechterhaltung des früheren Satzes, also einer Vergütung von 1,25 Mark für den Doppelzentner entspricht fürs Erste einzig und allein unseren Interessen. In dem Falle, daß das Gesetz in der Kommission oder im Plenum eine sichere Mehrheit finden sollte, wird die Fraktion ersucht, dazu folgenden Antrag (Amendement) zu stellen: Die Kontingentirung kann, wenn sie unvermeidlich ist, einzig eine solche der Zuckerfabrikation und der Rübenproduktion zugleich sein, d. h. in demselben Maße, wie die Zuckerfabrikation auf Grund des Gesetzes jede für sich ihr besonderes Kontingent einer gewissen Menge von Zentnern Zucker zugewiesen erhalten, ebenso muß gleichzeitig jeder der bisherigen Rübenproduzenten ein gesetzlich garantirtes Kontingent einer gewissen Zahl von Morgen zum Rübenbau freigestellt erhalten. Ohne diese gleichzeitige Kontingentirung der Produzenten und der Fabriken würde

der größere Theil der Rübenbauer, der keine Aktien von Zuckerfabriken besitzt, dem Gutdünken der Aufsichtsräthe und Direktionen der Zuckerfabriken auf Gnade und Ungnade preisgegeben sein, was weder in der Absicht der Regierung noch in der des Reichstags liegen kann.“ Schließlich fügen wir hinzu, daß sich aus der Kontingentirung des produzierten Zuckers ad maximum eo ipso ohne jedwede Berechnung die Kontingentirung desjenigen mit Rüben bepflanzten Arealis ergibt, das jenes Zuckermaximum produzierte. Bei reduziertem Kontingent wiederum kann man die Proportion leicht ausrechnen, in welcher die Kontingentirung der mit Zuckerrüben bebauten Morgen im Verhältniß zum Zucker erfolgen muß. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß es unmöglich sei, eine Kontingentirung durchzuführen, die einzig den Namen einer Kontingentirung der Zuckerrübenproduktion verdiente. Wir bitten die Fraktion mithin dringend, daß sie die von uns geforderte Aenderung als die *conditio sine qua non* mit Bezug auf die Annahme des Gesetzes ansehe.“

Hierauf wurde die Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern vollzogen. Der vorgerückten Stunde wegen ersuchte der Vorsitzende Graf Kwilecki-Dobrojewo die auscheidenden beiden Mitglieder: Grafen M. Kwilecki-Oporowo und Dr. Szuldrzynski-Bolechowo durch Jurof wiederzuwählen, womit sich die Versammelten einverstanden erklärten. Zum Schluß theilte noch der Vorsitzende mit, daß der Vorstand des landwirthschaftlichen Zentralvereins den bekannten, tüchtigen Kunstgärtner Kubajewski in Goluchowo als Wanderlehrer der Gärtnerei angenommen habe; ferner werde Ludwig Zingler in Lissa als erprobter und erfahrener Bücherrevisor warm empfohlen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und nachdem sich der Vertreter Westpreußens von Elaski-Trzebor von den Versammelten verabschiedet, schloß der Vorsitzende gegen 4 Uhr die ohne jeglichen Zwischenfall verlaufene Versammlung.

Aus Nr. 63 des Dziennik Poznański
vom 15. März 1896:

Rückblick auf die Generalversammlungen.

Der Dziennik erklärt in einem Rückblick auf die in dieser Woche in Posen abgehaltenen Generalversammlungen der drei hervorragenden polnischen Vereine, daß er mit Allen, was diese Versammlungen gebracht hätten, wohl zufrieden sein könne. Auf die einzelnen Vereine näher eingehend, bemerkt das Blatt, daß der landwirthschaftliche Zentralverein allerdings eine bedeutende Menge seiner Mitglieder verloren habe, theils durch deren Ableben, theils wegen anderer Ursachen. Traurig sei die Thatsache, daß gerade die Reihen derjenigen, welche voranmarschiren und die Elite des Wehrstandes der polnischen Gesellschaft bilden sollten, gelichtet würden, und daß in ausreichender Anzahl Rekruten nicht vorhanden seien, welche die entstandenen Lücken ausfüllen könnten. Demgegenüber sei aber andererseits nicht schwer zu erblicken, daß in den zurückgebliebenen Reihen nicht nur Zucht und Pflichtgefühl immer mehr erstarkten, sondern auch die Lust zu nützlicher und gesunder Arbeit und eine nüchterne und verständnißvolle Betrachtung der allgemeinen Lage der Polen sowie der Lage des Ackerbaues. Die hier gepflogenen Verhandlungen hätten Zeugniß davon abgelegt, daß der frühere Dilettantismus in der Behandlung von Lebensfragen immer mehr der thatächlichen Wissenschaft, der wahren Ueberzeugung und der bürgerlichen

Gewissenhaftigkeit Platz mache. Diese günstige Erscheinung gleiche fast den durch Verminderung von Einzelkräften entstandenen Verlust aus, sie berechtere sogar gewissermaßen zu der Hoffnung, daß in jener Abnahme ein Stillstand, ja sogar eine Verstärkung und Kräftigung wieder eintreten werde. Ein frischer Geist, eine frische Entflammung habe aus der Versammlung der sogenannten „jungen Brüder“, nämlich der Bauernvereine, geweht. Diese Institution erwecke Muth und Hoffnung für die Zukunft. Daß Wohlstand und Intelligenz unter dem Bauernstande immer mehr wachse, dafür könne man zahlreiche Beweise auf jedem Schritte finden. Einen weniger günstigen Eindruck habe die Generalversammlung des Volksbibliothekenvereins gemacht. Thatsache sei, daß die Einnahmen des Vereins nicht die gewünschten seien, und dies habe sehr unangenehm berührt. Die Volksbibliotheken seien unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine weit wichtigere Institution als viele andere Einrichtungen anzusehen. Das traurigste sei hier, daß der Volksbibliothekenverein seine Existenz fristen müsse von Almosen, anstatt von bestimmten Einnahmen. Hieraus könne man folgern, daß die alte Unlust von nationalen Abgaben im Volke nicht ausgestorben sei. Nicht durch Almosen, sondern durch pflichtgemäße Betheiligung an den öffentlichen Lasten könne man sich Stärke und eine bessere Zukunft erkämpfen.

Aus Nr. 61 des Dziennik Kujawski
vom 13. März.

„Frech und unverschämt“

hat Herr Bosse die nationale Bewegung in Oberschlesien genannt und behauptet, diese Bewegung sei künstlich geweckt worden; sie habe nicht die geringste Berechtigung, da Schlesien seit Jahrhunderten nicht mehr zu Polen gehöre und daselbe nicht den Polen, sondern den Deutschen seine Kultur verdanke. Eine gute Abfertigung wurde Herrn Bosse durch die ober-schlesischen Abgeordneten Pfarrer Wolczyk, Major Szmulka und Rath Letocha zu Theil; doch hat es die Vorlesung so eingerichtet, daß zufällig von einer Seite her, die Herr Bosse ganz und gar nicht der Polenfreundlichkeit beschuldigen kann, die Grundlosigkeit seiner Behauptungen nachgewiesen worden ist. Zu derselben Zeit nämlich, wo im Landtage die Debatten stattfanden, ernannte der Breslauer deutsche historische Verein gelegentlich des fünfzigsten Jubiläums seines Bestehens unsern bekannten Historiker Dr. Adalbert Kentzyski in Lemberg zu seinem Ehrenmitgliede und überlieferte ihm ein Schreiben folgenden Inhalts: „Geehrter Herr! Obgleich wir Schlesier uns freuen, daß unser Land jetzt eine Provinz des preussischen Staates ist, wenden sich dennoch ungeachtet unser Gefühl und Gewissen in dem Augenblicke, wo unser Verein das fünfzigjährige Jubiläum seines Wirkens feiert, wider Willen der fernsten Vergangenheit zu, wo es hier anders war. Als polnisches Land steigt Schlesien aus tiefem Dunkel zum Licht der Geschichte empor. Polnische Priester brachten dem Volke die erste Nachricht vom Evangelium; ein Zweig des Piastenhauses gründete nach Abtrennung dieses Landes von Polen das schlesische Herzogthum. Unser Verein ist stets bestrebt gewesen, die Resultate sich zu Nutzen zu machen, welche die polnische Wissenschaft aus den Zeiten hervorholte, wo die Geschichte unseres Landes mit der Geschichte des polnischen Reiches verknüpft waren. Wenn verdanken wir in unseren Zeiten mehr Aufklärungen,

welche unsere frühere Geschichte erhellen, als Ihnen, geehrter Herr! Wollen Sie darum gütigst zum Zeichen unserer Anerkennung für die durch Sie geleisteten Dienste das Ehrenmitglieds-Diplom unseres Vereins annehmen!“

Die Kultur, Herr Minister! ist seit Jahrhunderten den Spuren des Christenthums gefolgt; also nicht den Deutschen, sondern polnischen Priestern, polnischen Piasten verdankt, gemäß obiger wichtigen Befundung Schlesien neben dem Christenthum seine Kultur. Wenn die Deutschen das Unrecht an Länder geltend machen, wo sie, wenn auch nur in geringer Zahl, ansäßig geworden sind, wie in Steiermark, Gail, verschiedenen Gegenden Böhmens, den baltischen Provinzen, ganz zu schweigen von den polnischen Landestheilen, wenn sie dort die deutsch-nationale Bewegung für berechtigt ansehen, um wieviel mehr Recht hat das schlesische Volk, seine Nationalität zu schützen und zu pflegen, da es auf eigenem, von der Vorlesung ihm gegebenen Boden sitzt? Darum hätte sich ein Mann in so hervorragender Stellung, wie Herr Bosse, ehe er so scharfe Ausdrücke anwandte, besinnen müssen, welche Folgen sein Auftreten haben muß. Das Ansehen der Regierung wird durch diese Ausdrücke nicht vermehrt.

Aus Nr. 61 des Dziennik Poznański
vom 13. März 1896:

Aus Znowrazlaw.

Im Dziennik Poznański wird anlässlich der Rede des Herrn Kultusminister im Abgeordnetenhaus gegen die polnischen Sonderbestrebungen in einem längeren Korrespondenzartikel aus Znowrazlaw behauptet, die Worte des Ministers hätten daselbst gerade das Gegentheil von dem hervorgerufen, was der Minister beabsichtigt habe. Sie seien für die Polen ein neuer Sporn zu desto eifrigerer Pflege des Selbstschutzes, zu desto ausdauernderen Bestrebungen und zu desto thatkräftigerer Arbeit in der Richtung, die Nationalität zu erhalten, nicht nur in der gegenwärtigen, sondern auch in den künftigen Generationen. Wörtlich heißt es dann: „Ueber die Schärfe der Worte des Ministers zuckt ein Jeder von uns die Achseln und sagt dann: Wenn wir länger auf die Erfüllung unserer uns zustehenden Forderungen und Rechte warten, länger Unrecht leiden und ertragen sollen, so müssen wir uns nicht nur selbst im Glauben kräftigen und uns auf dem von uns eingenommenen Posten bewaffnen und besetzen, sondern wir müssen auch für die nachfolgenden Generationen eine sittliche und materielle Unterlage schaffen, um ruhig und sicher während der Zeit des Wartens auszuhalten zu können. Denn daß diese Zeit des Wartens endlich vorübergehen wird und für uns günstigere Zeiten eintreten werden, ist so sicher, wie zwei mal zwei gleich vier ist. Niemand von uns zweifelt daran und es kann auch Niemand daran zweifeln, und diesen Glauben an die Zukunft können in uns selbst hundert solcher Ministerreden nicht abschwächen.“

Eine Folge der Rede des Ministers — so wird weiter ausgeführt — sei die gewesen, daß man noch einmal so viel polnische Bibeln und Bücher der polnischen Geschichte gekauft habe, daß in allen Vereinen eine weit lebhaftere Thätigkeit eingetreten sei denn früher, und immer öfter habe in den Ohren der Polen das Lösungswort wieder: „Arbeiten und sparen wir!“ Die nach Kräften zu verstärkende Sparsamkeit solle ein Mittel sein zu dem Zwecke, immer mehr Grundbesitz zu erwerben, polnische Handelsgeschäfte zu gründen und polnische Werkstätten einzurichten, um alsdann

„sich belustigen zu können über die gegen die Polen gerichteten Inzenerungen ihrer Feinde und um allen Fanatikern zum Trost die nationale Zukunft, deren der Pole entzogen soll, zu befestigen und unroberbar zu machen.“ Solche Wirkung hätten die Reden des Herrn Bosse in Rußavien hervorgerufen und anderswo sicherlich auch.

Aus Nr. 64 des Kurjer Poznański
vom 17. März 1896:

Die polnische Fraktion und die Marine.

Die Debatten über den Marine-Etat haben vor einigen Jahren lebhaftes Interesse geweckt, als der Abgeordnete von Koscielski Referent des Reichstages war und die Fraktion selbst weitgehende Forderungen der Regierung bezüglich der Vergrößerung der Flotte unterstützte. Die Frage, wie die polnische Fraktion beim Marine-Etat stimmen werde, war bisher gewöhnlich une question du jour nicht allein für die Regierungskreise, sondern vor Allem für unsere Gesamtheit. Darum hat man sich gewissermaßen daran gewöhnt, die Haltung der Fraktion in Flottenangelegenheiten als das politische Barometer unseres Verhältnisses zu den Regierungskreisen anzusehen.

Nach den Reden des Ministers Bosse hörten wir manchmal die Ansicht äußern, daß die jetzige Reichstagsfraktion gegen das Marinebudget stimmen müsse. Man kann sich nicht darüber wundern, daß das Auftreten des Herrn Ministers, das unsere zerrüttete Gesamtheit bis aufs Aeußerste gereizt hat, die Begeisterung geweckt hat, der Regierung unsere Unzufriedenheit zu bezeugen. Man kann nicht leugnen, daß die Nothwendigkeit besteht, zu dokumentiren, daß uns auf dem Gebiete des Schulwesens Unrecht geschieht, und daß es in einem Verfassungsstaate selbst einem Minister nicht zustehe, in verlegendem und verächtlichem Tone zu sprechen. Unter Berücksichtigung aller politischen Erscheinungen der letzten Monate kommen wir jedoch zu der Ueberzeugung, daß die Frage des Marine-Etats sich keineswegs dazu eignet, unsern Bedürfnissen Worte zu verleihen: non hic est locus!

Als vor einigen Jahren der Marineetat erhebliche Summen aufwies, welche für den Bau neuer Schiffe gefordert wurden, und die Reichstagsmehrheit das Bedürfnis hierfür nicht anzuerkennen vermochte, da galt unser Votum für die Regierungsvorlage als ausdrückliche Unterstützung der Politik der leitenden Kreise. Unsere Stimmenabgabe war damals ein politischer Akt nach der Annäherung an die Regierung hin. Der jetzige Etat bietet keine derartigen Zweifel. Wir haben den Etatsentwurf durchgesehen und uns überzeugt, daß nur fünf Positionen des Kapitels VI Neuforderungen enthalten, die sich jedoch im Rahmen des im Prinzip bereits angenommenen Flottengründungsplans von 1889/90 bewegen. Darum hat man in der Kommission auch die Etatspositionen fast einstimmig zugestanden und nur einige unwesentliche Forderungen gestrichen. Angesichts dieser Sachlage kann die Haltung der einzelnen Parteien im Reichstage nicht unklar sein. Das Bedürfnis des Marine-etats muß ebenso anerkannt werden, wie das jedes anderen Kapitels des Reichsbudgets. Gegen den Marine-Etat zu stimmen ist angesichts dessen für jede Partei ebenso unmöglich, wie die Ablehnung des Militär-Etats oder sonstiger staatlicher Erfordernisse. Eine solche Fraktion befände sich in der durchaus nicht angenehmen Gesellschaft der Sozialisten, welche in Konsequenz ihrer Politik gegen den Etat stimmen müssen, da sie die Grundlagen des heutigen Staates zu zerstören trachten.

Wer unsere Verhältnisse und besonders die Geschichte unserer Thätigkeit im deutschen Reichstage kennt, der muß ferner zugestehen, daß Stimmenenthaltung als ein noch schlagenderer Protest anzusehen wäre, als direkte Ablehnung. Es würde dies nämlich ein Herabsteigen auf den Standpunkt des Protestes bedeuten, den die Reichstagsfraktion während der ersten 10 Jahre des Bestehens des deutschen Reiches eingenommen hat. Wir haben zu unsern Abgeordneten das Vertrauen, daß sie einen so gefährlichen Weg nicht betreten und keinen Schritt thun werden, dessen Folgen zunächst unberechenbar wären.

In diesem Vertrauen möchten wir die öffentliche Meinung entsprechend aufklären, damit sie die Bedeutung der Haltung unserer Fraktion bei dem Marine-etat verstehe.

In der Politik sowie im Privatleben kann nur der fordern, welcher seinerseits allen Pflichten nachkommt. Unsere Fraktionen in Berlin haben diesen Grundsatz streng befolgt; darum konnten wir, gestützt auf Thatfachen, auch ruhig behaupten, daß wir die Unterthanenpflichten nicht unter dem Druck der Drohung mit der polizeilichen Exekutive, sondern freiwillig unter Anerkennung der Bedürfnisse des Staates erfüllt haben. Wer dem Gang der politischen Ereignisse ruhig zuschaut, der sieht, daß unsere Feinde uns durchaus in eine Opposition quoad même drängen wollen. Die H.-R.-Listen erheben sich in dem Augenblicke, wo die Regierung eine freundlichere Haltung uns gegenüber einnimmt.

Der Augenblick ist ein schwerer, aber grade in arduis muß man politischen Sinn zeigen. Ein Abweichen von dem vorgezeichneten Wege würde den Sieg der H.-R.-Listen bedeuten. Wir wollen weder einen Finger noch einen Händedruck von dem H.-R.-L.-Verein und dem „fanatischen“ Minister. Wir warten ab, bis seine Stelle ein gerechter Mann einnehmen wird; dann wird unsere Würde es uns gestatten, wieder die Hand zur Versöhnung zu reichen.

Mit Bezug auf obigen Artikel des Kurjer meint der Drendownik in Nr. 65 vom 18. März:

Die Herren von der Hoppartei hätten schon auf dem „Wege nach Transvaal“ ihre bankerotte Politik durchschmuggeln wollen; heut hätten sie im Sinn, durch eine entsprechende Haltung in der Marinefrage Herrn v. Koscielskis Beziehungen zu den Regierungskreisen zu repariren und damit den Abgeordneten wieder Einladungskarten für die Ministerdinners zu verschaffen. Wahrscheinlich würden die Herren auch gemäß dem Diktat des Kurjer stimmen, da die Abgeordneten Gzarlinski, Jazdzewski und Krzyminski in der Fraktion überstimmt werden würden. Die höheren Kreise der polnischen Gesellschaft ließen heut mit sich Alles anfangen, da sie zu Tode gehegt seien. Wo die materielle Existenz untergraben sei und man mit Ungewißheit dem „Morgen“ entgegen sehe, wie die polnischen Landwirthe, da sei der Kopf nicht fähig, politisch klug zu denken. Man suche Anlehnung an die Regierungskreise. Ein Theil des Adels erkenne seine fatale Lage, würde jedoch, wenn es zum Bruch mit der hoppeltheilichen Politik, d. h. mit der Reichstagsfraktion käme, eine Spaltung im eigenen Lager herbeiführen müssen. Vor diesem Radikalmittel schreckte man zurück. Das Bürgerthum werde sich in keine Diskussion über die Flottenfrage einlassen; es werde bei den künftigen Wahlen jede hoppeltheilige Kandidatur bekämpfen, keinen Anhänger der Koscielskischen Politik wiederwählen, dann würden diese Herren im Kurjer über Flotte, Etat und Regierungssphären schreiben können, was ihnen beliebe. Der bevorstehende Wahlkampf werde ein schwerer werden, darum gelte es heute schon das Volk mittelst der sieben Organe, die der Koscielskischen Richtung feindlich gegen-

überfünden (Postemp, Lsch, Gazeta Narodowa, Glos Polski, Drendownik, Goniec und Gazeta Bydgoska) zu belehren.

Aus Nr. 64 des Wielkopolanin
vom 17. März 1896:

**Ist die Post für das Publikum da —
oder umgekehrt?**

Einem unserer Abonnenten wurde ein polnisch adressirter Brief wieder zurückgestellt. Die Adresse lautete:

Wielmożny Pan Srem.

Wegen Rückgabe des Briefes beschwerte sich unser Freund bei der höheren Postbehörde in Bromberg unter Beifügung des Umschlages des zurückgehaltenen Briefes und erhielt auf seine Beschwerde folgende merkwürdige Antwort:

„Die Rückgabe des zu dem überfandten Briefumschlage gehörigen Briefes ist deshalb erfolgt, weil der Bestimmungsort nicht deutlich geschrieben und außerdem mit dem Namen „Srem“ bezeichnet war.“

(Ehe wir die Fortsetzung des Bescheides der Postbehörde bringen, machen wir an dieser Stelle auf die Inkonsequenz der Begründung des Umstandes aufmerksam, weshalb der Brief zurückgegeben wurde. Die höhere Postbehörde behauptet, die Adresse sei unleserlich gewesen. Das ist doch merkwürdig; die Postbehörde hat doch die Adresse lesen können, denn sie schreibt in der Antwort ausdrücklich „Srem“, auch weiß dieselbe Behörde, daß dies ein polnischer Name ist. Wäre die Adresse unleserlich gewesen, so hätte sie die Postbehörde nicht lesen können; es ist also klar, daß nicht die unleserliche Adresse die Ursache der Rückgabe des Briefes gewesen ist, sondern der polnische Name.

Die Fortsetzung des Bescheides lautet:

„Den Postbeamten ist dieser Name (Srem) nicht bekannt; er befindet sich nicht in dem Orts-Verzeichniß für Post- und Telegraphie des Preussischen Staates. Das Paket mit Druckachen, von Ihnen Tags vorher mit derselben Adresse (Srem) versehen, ist vermuthlich deshalb an seine Adresse angelangt, weil vielleicht der diese Sendung expeditirende Beamte zufällig polnisch gekonnt und den Namen Schrimm der Adresse beigefügt hat. Es ist bei Postsendungen der amtliche Name des Bestimmungsortes anzugeben, wenn diese pünktlich an den Empfänger gelangen sollen. Aus welchem Grunde Ihnen ein nach „Gaworzewo pod Swarzendzem“ adressirter Brief seitens des Postamtes bei der Auslieferung zurückgegeben worden ist, läßt sich, ohne den Umschlag zu diesem Briefe gesehen zu haben, schwer feststellen. In Rücksicht darauf, daß die Beamten der Reichspost nicht polnisch sprechen, haben Sie, um Umständlichkeiten zu vermeiden, den amtlichen Namen des Bestimmungsortes anzugeben. Geschieht dies nicht, so ist es nicht unsere Schuld, wenn Ihre Postsendungen verspätet an die Empfänger gelangen.“

So lautet der Bescheid der Postdirektion in Bromberg. Wir stellen angesichts alles dessen die Frage, ob die Post des Publikums oder das Publikum der Post wegen da ist? Wir glauben, jeder wird antworten, die Post ist für das Publikum da, nicht umgekehrt. Diese Antwort ist durchaus richtig. Wir zahlen Abgaben und können mithin gewisse Rücksichten fordern. Die Postdirektion in Bromberg behauptet, der größere Theil der Postbeamten spreche nicht polnisch. Wenn jedoch die Behauptung richtig ist, daß die Post des Publikums wegen da ist, und nicht umgekehrt, dann müßte man fordern, daß die Postbeamten beide Landessprachen, die deutsche und die polnische kennen.

Aus Nr. 64 des Dziennik Kujawski
vom 17. März 1896:

Ein merkwürdiges Dokument.

Einer der drei Lehramts-Kandidaten, welche deshalb aus dem Seminar zu Paradies verwiesen wurden, weil sie auf der Volkszählungskarte unter der Rubrik „Staatszugehörigkeit“ die Bezeichnung „Pole“ statt „D“ gebraucht hatten, — Kasimir Rydlewski aus Kions, hat uns sein Zeugniß zum Beweise dafür überfandt, daß er thatsächlich nur aus diesem Grunde aus dem Seminar verwiesen wurde. Dies interessante Dokument lautet wie folgt:

„Der Schüler Kasimir Rydlewski aus Kions besuchte die III. Klasse des hiesigen Seminars von Ostern bis Herbst 1894. Am letztgenannten Zeitpunkt wurde er wegen Krankheit entlassen und im Oktober 1895, wieder aufgenommen. Im Dezember 1895 wurde er im Disziplinarwege entfernt. Es wird ihm folgendes Abgangszeugniß ausgestellt:

Sein Betragen war gut. Doch mußte er von der Anstalt entfernt werden, weil er bei Ausfüllung der Zählkarten vom 2. Dezember v. J. eine deutsch-feindliche Gesinnung und Unbotmäßigkeit gezeigt hatte.

Sein Fleiß und seine Leistungen waren genügend.

Paradies, den 24. Januar 1896.

Der Direktor.
Pelz.

Der Ordinarius.
Koltermann,
Seminarlehrer.“

Aus Obigem ergäbe sich, daß derjenige, welcher sich zu der polnischen Nationalität bekennt, damit schon „eine deutsch-feindliche Gesinnung“ zeige. Rydlewski theilt uns zugleich mit, daß der Minister auch auf seine Eingabe um Wiederaufnahme ins Seminar einen ablehnenden Bescheid ertheilt habe. Ueberdies wurde von seiner Mutter die Rückzahlung der Stipendien und anderer Beträge für den empfangenen Unterricht gefordert. —

In Nr. 65 desselben Blattes vom 18. März wird das Zeugniß des ebenfalls entlassenen Seminaristen Johann Pinski aus Odmianowo, Kreis Inowrazlaw, mitgetheilt. Dasselbe lautet:

„Der Schüler Johannes Pinski besuchte das hiesige Seminar von Ostern 1894 bis Ende 1895. Am letztgenannten Zeitpunkte wurde er im Disziplinarwege entlassen. Es wird ihm folgendes Abgangszeugniß ausgestellt:

Sein Betragen war gut. Doch mußte er von der Anstalt entfernt werden, weil er bei Ausfüllung der Zählkarten am 2. Dezember v. J. eine deutsch-feindliche Gesinnung und Unbotmäßigkeit gezeigt hatte. Sein Fleiß und seine Aufmerksamkeit waren im ganzen gut. Seine Leistungen waren im ganzen gut.

Paradies, den 24. Januar 1896.

Der Direktor.
Pelz.

Der Ordinarius.
Koltermann,
Seminarlehrer.“

Hierzu bemerkt der „Dziennik Kujawski“: „Aus diesem Zeugniß geht hervor, daß die einzige Ursache der Verweisung Pinski's aus dem Seminar die war, daß er sich auf der Volkszählungskarte als „Pole“ eingetragen hatte. Auch Pinski hat sich mit der Bitte um Wiederaufnahme ins Seminar an den Minister gewandt; doch erhielt sein Vater folgenden Bescheid: „Auf Ihre Eingabe vom 21. Januar d. J. erwidere ich, daß Ihre Bitte um Wiederaufnahme Ihres strafweise aus dem Seminar zu Paradies entfernten Sohnes in irgend ein anderes Seminar nicht erfüllt werden kann. Vosse.“ Weshalb? Das verschweigt Herr Vosse. Aus glaubwürdiger Quelle haben wir noch

folgende Einzelheiten erfahren: Pinski erklärte sich sofort bereit, die begangene „Uebertretung“ wieder gut zu machen. Auf die Frage, warum er sich als Pole eingetragen habe, entgegnete er, er habe gesehen, daß sein Kollege Rydlewski ebenso geschrieben habe. Die „Schuld“ Rydlewskis war um so schwerer, als er, entgegen dem betreffenden Verbot, den Goniec Wielkopolski abonniert und gelesen hat.“

Aus Nr. 50 des Wielkopolanin
vom 29. Februar 1896:

Germanisirung.

Bentschen, den 26. Februar 1896.

Der Herr Distrikts-Kommissar von Bentschen ist sehr thätig; es fragt sich nur, ob diese seine Thätigkeit nicht die Grenzen des Erlaubten überschreitet?

In Pierzyn, einem $\frac{3}{4}$ Meilen von Bentschen entfernten Dörfchen giebt es drei Brüder, die Bauernwirthe Szulczewski. Den Namen des Einen derselben schrieb jener Herr in Schulz um, da der Betreffende nach Ansicht des Herrn Kommissars so heißen mußte. In den Kirchenbüchern und anderen amtlichen Akten ist der gedachte Schulz nur als Szulczewski bekannt; doch den Herrn Kommissar reizte die polnische Endung „ski“, er schnitt sie also ab und machte Schulz daraus. Herr Szulczewski soll ein Protokoll haben unterschreiben müssen. Das Alles hat mir die Frau des Einen jener Szulczewskis erzählt.

Die Sache ist wichtig genug, um von unseren Abgeordneten im Landtage zur Sprache gebracht zu werden. Jener neumodische „Täufser“ heißt v. Andersen. Wir wissen bestimmt, daß das Gesetz diejenigen bestraft, die eigenmächtig Namen ändern. Ohne Zweifel trifft denjenigen Strafe, der zur Namensänderung zwingt. Wir rathen, bei der höheren Instanz Beschwerde zu führen.

Aus Nr. 60 des Wielkopolanin
vom 12. März 1896:

Schulangelegenheiten.

Brandorf bei Bentschen, den 8. März 1896.

Unsere Gemeinde zahlt 300 Prozent der Staatssteuern an Schulabgaben. Jeder wird zugeben, daß dies eine bedeutende Belastung ist. Unser Schulgebäude hat sich als zu klein erwiesen; darum mußten wir 4000 Mark zum Bau aufbringen. Die Regierung kündigte den Bau für 1893 an. Wir mußten zur Bauausführung 8000 Mark dazuleihen. Als das Geld vorhanden war, schlug die Regierung den Bau ab. Statt dessen ließ sie schon im Voraus Räume mieten. Nachdem die Herren von der Regierung sie besichtigt hatten, erklärten sie, die Regierung werde für dieselben bezahlen. Sie kosten 430 Mark. Jetzt erhalten wir von der Regierung nichts. Auch wurde die Anstellung eines zweiten und dritten Lehrers angekündigt. Deswegen erfolgte die Aufstellung eines neuen Etats. Der Gemeinde er schien derselbe zu niedrig; doch der Kommissarius erwiderte darauf: „Beruhigt Euch, die wenigen Mark werdet ihr diesmal bezahlen, doch hat die Regierung ja erklärt, sie werde alles zahlen. (Wahrscheinlich nur für das Schullokal; dieser Passus ist in der Zuschrift unverständlich. Red.) Die Gemeinde sollte nach der Ansicht des Kommissars nur 100 Prozent der Staatssteuern zahlen, die 700 Mark, und nun zeigte es sich, daß die Gemeinde nach dem Etat nicht 700,

sondern 2100 Mark oder 300 Prozent Schulabgaben zahlen sollte.

Durch den Kreisschulinспекtor hat die Regierung die Erklärung abgegeben lassen, daß Bänke und andere Schulutenstücken beschafft werden sollten; sie werde eine Beihilfe leisten oder wohl Alles zahlen. Die Bänke u. s. w. kosteten uns 250 Mark. Nach einem Jahre benachrichtigte uns der Kommissarius, daß die Regierung kein Geld habe, sie könne also nichts geben. Somit mußten wir selbst zahlen. Auf unsre an den Herrn Minister eingereichte Beschwerde hin erhielten wir für unsere Ausgaben, Miete für das Schullokal u. s. w. eine einmalige Beihilfe von 400 Mark.

Im Jahre 1894 wurde ein zweiter und dritter Lehrer angestellt und November 1895 der letztere abberufen. Auf unsre Beschwerde antwortete man zunächst, man könne uns keinen Lehrer geben; allein am 16. November sandte man uns einen evangelischen Lehrer, ohne hinzuzusetzen, daß derselbe nur einstmals hier amtiren solle. Unsre Schule ist eine katholische, darum haben wir den Eintritt eines Evangelischen in dieselbe nur ungern gesehen. Bei Einführung des Lehrers protestirte der Schulvorstand und unterzeichnete das Protokoll nicht. Am folgenden Tage gingen die Familienväter den Vorstand darum an, bekannt zu machen, daß die Kinder nicht zur Schule gehen sollten. Der Vorstand gab der Forderung nach, und die Regierung ließ daher das erste Mitglied des Schulvorstandes des Amtes entsetzen.

(Der Wielkopolanin tadelt diese Eigenmächtigkeit des Schulvorstandes und warnt andere Gemeinden davor, sich zu ähnlichen ungesetzlichen Schritten hinreißen zu lassen.)

„Wir haben den von der Regierung seines Amtes Entsetzten wiedergewählt; doch hat ihn der Herr Landrath in Meseritz nicht bestätigt. Bei der wiederholten Wahl gaben wir ihm wieder unsre Stimmen; doch versagte der Herr Landrath auch diesmal die Bestätigung mit der Begründung, daß der von uns Gewählte „das Volk aufgewiegelt habe“. Können wir ihn zum dritten Male wählen, was meint die Redaktion dazu?“

Soweit der Korrespondent. Wir erwidern darauf, daß der Gemeinde die Wahl zusteht, daß aber der Landrath den Gewählten ablehnen kann, wenn er gegen denselben einen so wichtigen Vorwurf zu erheben im Stande ist. Wir wissen zwar, daß das Schulvorstandsmitglied die Bewohner nicht aufgehetzt hat, daß dasselbe also unschuldig leidet; was ist jedoch zu machen, da die Gemeinde dem Herrn Landrath selbst die Waffe in die Hand gegeben hat? Möge die Gemeinde an den Herrn Landrath eine Deputation absenden und ihm durch dieselbe die ganze Sache unterbreiten; vielleicht zieht er den Vorwurf zurück und bestätigt die Wahl.

Wir fügen hinzu, daß die Regierung den evangelischen Lehrer mit dem Bemerkten abberufen hat, die Gemeinde habe keinen Anlaß zu Beschwerden gehabt, da der Lehrer in Ermangelung eines anderen nur einstmals hingeschickt worden sei. Es liegt kein Grund vor, an der Wahrhaftigkeit der Worte des Herrn Ministers zu zweifeln, da die Thatsache für ihn spricht. Der Herr Minister antwortet den Brandorfern, es sei vorweg gesagt worden, der evangelische Lehrer solle die Stelle nur provisorisch verwalten. Die Brandorfer behaupten, die Behörden hätten unmittelbar davon nichts gesagt. Ist dies der Fall, dann tragen die unteren Instanzen die Schuld und die Bewohner von Brandorf haben berechtigter Weise Beschwerde erhoben, die auch berücksichtigt worden ist. Es zeigt sich, daß man mit der preussischen Regierung zeitweise erfolgreich verhandeln kann, nur muß man dies auf dem durch das Gesetz vorgeschriebenen Wege in ruhigem, sachlichen Tone

thun. Damit ist nicht gesagt, daß die preußische Regierung alle unsere Forderungen berücksichtigt, keineswegs, wie uns die Reichs- und Landtagsverhandlungen überzeugen. Trotzdem gebietet uns das Gewissen, allen zur Lehre und zur Warnung zu sagen: Begründen wir unsere Forderungen mit den im preußischen Staate bestehenden Bestimmungen und beobachten wir bei Klagen und Beschwerden die Formen, welche die Regierung verlangt. Lassen wir nicht ab, anzuklopfen! Nicht immer wird uns vielleicht geöffnet, doch klopfen wir dessenungeachtet an, öffnen wir jedoch nie selbst die Thür! Möge uns der Gedanke nicht demüthigen, daß wir da klopfen müssen, wo wir kühn eintreten sollten. Der Verstand muß uns sagen, daß solange wir uns in den bestehenden Verhältnissen befinden, wir mit Dünkel und Eigenmächtigkeit nichts ausrichten, sondern unsere Lage verschlimmern werden.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 61 der Gazeta Toruńska
vom 13. März 1896:

Von der Betheiligung an der Graudenz- Ausstellung

hatte die Gazeta Grudziöndzka energisch abgerathen und den westpreußischen Polen empfohlen, eine eigene Schauausstellung ihres Könnens auf industriell-landwirtschaftlichem Gebiet zu veranstalten. Die Gazeta Toruńska bekämpft diese Vorschläge in obiger Nummer ganz entschieden. Sie plaidirt für die Betheiligung der Polen an der Graudenz- Ausstellung und rath, die Sprachenfrage nicht die conditio sine qua non sein zu lassen. Für seine Auffassung führt das Blatt folgende Gründe ins Feld. Bezwecke man bei einem solchen Unternehmen die Förderung der polnischen Industrie, so sei es mehr als zweifelhaft, ob dieselbe bei Veranstaltung einer speziell polnischen Ausstellung mehr Vortheil davon tragen werde, als bei der Betheiligung an der allgemeinen Graudenz- Ausstellung. Der polnische Industrielle sei ferner unbestreitbar auf deutsche Kundschaft angewiesen. So mancher werde es darum angesichts der Agitation des H.-K.-L.-Vereins ablehnen, für seine Firma den polnischen Charakter zu reklamiren, ja überhaupt an einer speziell polnischen Ausstellung theilzunehmen. Die Folge wäre ein Fiasko. Die Thatfache, daß verschiedene polnische Firmen es sich ausdrücklich verbeten haben, in das in Arbeit befindliche „Adreßbuch polnischer Kaufleute“ aufgenommen zu werden, gebe zu denken. Noch heute zittere die Erbitterung nach, die sich i. Z. des deutschen Publikums bemächtigte, als die Polen eine Sonderausstellung in Thorn wagten. Die Veranstaltung einer Provinzialausstellung unter Ausschließung eines Theiles der Bevölkerung sei wirtschaftlich anormal. Dieser Erkenntniß verschloßen sich selbst die Wiener Antisemiten nicht, und die Lemberger Ausstellung, sowie das Verhalten der Tschechen bei solchen Gelegenheiten beweise, daß man in diesen Fällen trotz unzweifelhaft nationaler Gesinnung lediglich praktische der eigenen Industrie förderliche Gesichtspunkte habe gelten lassen. Verwünscht seien nach der Prager Ausstellung deutscherseits diejenigen worden, welche der deutschen Industrie Zurückhaltung empfohlen hatten. Staat und Provinz leisteten für die Graudenz- Ausstellung Beihilfen und diese Leistungen im eigenen Interesse auszunützen sei Pflicht der Polen. Eine speziell polnische Ausstellung sei bei dem heutigen Stande der polnischen Industrie lediglich ein theures Vergnügen. Das hierfür weg-

geworfene Geld könne besser verwendet werden. Wenn die polnische Industrie ein wesentlicher Faktor geworden sein werde, dann würden unschwer Zugeständnisse auf sprachlichem Gebiet zu erlangen sein. Erst aber gelte es, die polnische Industrie zu einem nicht zu unterschätzenden Konkurrenten heranzubilden.

Aus Nr. 64 der Gazeta Toruńska
vom 17. März 1896:

Aus Berlin.

Die deutschen Blätter haben verbreitet, die Polen hätten vergebens versucht, beim Grafen Soluchowski für eine polnische Deputation Gehör zu finden. An dieser Mittheilung ist kein Wort wahr. Alle hiesigen Polen, die Abgeordneten sowohl, als auch andre Bürger haben sehr wohl begriffen, daß Graf Soluchowski nicht zu ihnen, sondern zu den Vertretern der deutschen Regierung kam, und zwar nicht als Pole, sondern als Leiter der äußeren Politik eines mit Deutschland eng verbundenen Staates. Inwiefern die antipolnische Politik Preußens für viele Völker der habsburgischen Monarchie das Bündniß mit Deutschland nicht sympathisch macht, das kann der deutsche Gesandte in Wien feststellen und nach Berlin berichten. Graf Soluchowski kann diese Gelegenheit nicht berühren. Den Polen ist es auch gar nicht in den Sinn gekommen, seine Vermittelung zu suchen. Die gegentheiligen Mittheilungen deutscher Blätter beweisen nur, daß man in gewissen Kreisen gewünscht hat, wir möchten uns eine Taktlosigkeit zu schulden kommen lassen, was der Fall gewesen wäre, wenn man eine polnische Deputation an den Wiener Gast gesandt haben würde. Ja vielleicht hatten diejenigen, bei welchen die polnischen Namen in leitenden Wiener Stellungen Anstoß erregen, ein Fünkchen Hoffnung, daß Graf Soluchowski so wenig Takt besitzen werde, die Klagen von Bürgern des verbündeten Staates anzuhören, wenn man sich an ihn wende. Wie dies ausgebeutet worden wäre, kann man sich leicht denken. Daß die erfahrene Enttäuschung unsern Gegnern unangenehm gewesen ist, beweisen die bisshen und sich selbst widersprechenden Bemerkungen polenfeindlicher Blätter.

Aus Nr. 31 der Gazeta Gdańska
vom 17. März 1896:

Die Angelegenheit des Vereins „Ognitwo“ in Danzig.

Der Vorsitzende des Vereins „Ognitwo“ in Danzig, Herr A. Glowczynski hat an den dortigen Polizei-Präsidenten eine Beschwerde gegen den Polizei-Beamten Herrn Naporra eingereicht, der, als er in einer der Sitzungen des Vereins „Ognitwo“ aufgefordert worden war, den Ausweis dafür vorzulegen, ob er im Auftrage der Behörde den Vereinsversammlungen beizuhöhen, erklärt hatte, er brauche sich nicht auszuweisen. Als ihn der Vorsitzende zum Verlassen des Lokals aufforderte, löste er, eine Art Medaille an einem Reithen vorweisend, die Versammlung auf. Auf seine Beschwerde erhielt Herr A. Glowczynski folgenden Bescheid:

„Ihre Beschwerde vom 25. d. M. über den Polizei-Bureau-Assistenten Naporra weise ich als unbegründet hiermit zurück. Der genannte Beamte ist, wie § 4 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 dies vorschreibt, zu der am 19. d. Mts. abgehaltenen Versammlung des polnischen Vereins „Ognitwo“ in seiner

dienstlichen Eigenschaft erschienen und war nicht verpflichtet, sich außerdem noch besonders durch schriftlichen Auftrag zu legitimiren, da er Ihnen, wie den andern Vereinsmitgliedern, als Polizeibeamter von Person bekannt war. Da derselbe auch schon seit längerer Zeit die Vereinsversammlungen überwacht, bedurfte es keiner ausdrücklichen Erklärung über seine amtliche Eigenschaft. Zur Auflösung der in Rede stehenden Versammlung war er vollkommen berechtigt, als er sich auf Ihre Aufforderung aus dem Versammlungszimmer entfernen sollte. Zu einer Rüge seines Verhaltens habe ich hiernach keine Veranlassung. Wessel."

In der folgenden Versammlung des Vereins, in welcher augenscheinlich Herr Naporra wiederum anwesend war, verlas der Vorsitzende, Herr A. Glowczynski obigen Bescheid des Polizei-Präsidenten, und der Verein beschloß, sich mit diesem Bescheide nicht zufrieden zu geben und bei der königlichen Regierung Beschwerde zu führen.

§ 4 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, worauf sich der Danziger Polizei-Präsident beruft, lautet: (Folgt Wortlaut.) Wir fassen diesen Paragraphen 4 anders auf, als der Herr Polizei-Präsident, da er unsrer Meinung nach ziemlich klar ist. Herr Naporra war 1) nicht im Dienst sondern im Zivilanzuge, hatte 2) kein Abzeichen für seinen amtlichen Charakter, erklärte sogar ausdrücklich, er habe keine Legitimation und brauche keine solche vorzulegen, da er den Mitgliedern bekannt sei. Obgleich letzteres der Fall war, wußten die Mitglieder doch nicht, ob er im amtlichen Charakter erschienen war, wie dies § 4 eben verlangt. 3) Ein besonderes Abzeichen, woran man ihn als den Vertreter der Polizeibehörde hätte erkennen können, hatte Herr Naporra nicht; er wies erst nach Auflösung der Versammlung eine, an einem Kettenchen befestigte Medaille vor, welche die Mitglieder nicht kannten und woran wohl Niemand seinen Amtscharakter hat erkennen können.

Herr Naporra löste die Versammlung auf, doch ist es die Frage, ob er gesetzlich gehandelt hat. § 5 des Gesetzes besagt: (Folgt der Wortlaut.) Herr Naporra hat die Versammlung deshalb aufgelöst, weil ihn der Vorsitzende zum Verlassen des Saales aufgefordert hatte, als er sich nicht als Polizeibeamter ausweisen wollte. Daß Herr Naporra thatsächlich Polizeibeamter ist, davon wußte Niemand von den Mitgliedern etwas. Im Gegentheil, es gab Leute, die ihn stets nicht für einen ständigen Polizeibeamten, sondern für einen auf der Polizei arbeitenden Diätar ansahen. Erst das Schreiben des Herrn Polizei-Präsidenten hat Aufklärung darüber gebracht, daß Herr Naporra thatsächlich Beamter ist. Etwas Strafwürdiges hat in der Versammlung des Vereins „Ognimo" Niemand begangen, und darum ist es eine große Frage, ob Herr Naporra das Recht gehabt hat, die Versammlung aufzulösen. Angesichts dessen hat der Verein richtig gehandelt, indem er sich beschwerdeführend an die höhere Behörde wandte.

Aus Nr. 65 der Gazeta Toruńska
vom 18. März 1896:

Berlin, 16. März.

Gut unterrichtet Kreise halten die Meldung des Tageblatts über die Verleihung der Kardinalswürde an den Erzbischof von Stabłowski der Hauptsache nach für begründet. Der Vorschlag ist jedoch nicht vom Kaiser, sondern von Rom ausgegangen und der Kaiser hat auf die bezügliche Anfrage erklärt, er habe nichts gegen die dem Erzbischof von Gnesen-Posen zuge dachte Auszeichnung einzuwenden. Im Vatikan erkennen alle an, daß der polnischen Nation ein

zweiter Kardinal gebühre. Da die Absicht, dem Warschauer Erzbischof den Purpur zu verleihen an der ablehnenden Haltung der russischen Regierung scheiterte und Galizien einen ruthenischen Kardinal hat, kommt nur noch der Erzbischof von Stabłowski in Betracht. Es bestand nicht der geringste Zweifel darüber, daß derselbe des Purpurs würdig sei und nur der Widerstand Berlins könnte ein Hinderniß sein; doch scheint man dort keines in den Weg legen zu wollen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 62 der Gazeta Toruńska
vom 14. März 1896:

In Westfalen

sind die traurigen Reibereien zwischen der polnischen Bevölkerung einerseits und einzelnen Pfarrern sowie Patres andererseits in ein Stadium getreten, das man Krisis nennen könnte. Während man früher in Zeitungen, in Versammlungen und in der Kirche zu Felde zog, ist der Streit in letzter Zeit vor die Gerichte gelangt. Gegenwärtig sind zwei Prozesse im Gange. In dem einen Falle hat ein Pole einen Deutschen, den Vikar in Henrichsburg deshalb wegen Beleidigung verklagt, weil dieser ihn gemäß der Bekundung des Paters Andreas „Sozialist" genannt hatte.

Wir haben aus diesem Anlaß Briefe erhalten, dieselben jedoch schleunigst verbrannt, weil sie Anlaß zu einem Riesenprozeß bieten könnten. Andererseits hat einer der Franziskanerpatres einen Polen verklagt, weil dieser ihm Pösterworte zugeschrieben hatte; der Pole beabsichtigt seinerseits jenen Pater zu verklagen. Auch ist es zwischen den Anhängern und den „Gegnern" der Patres zu Prozessen gekommen; doch hat das Benehmen der letzteren ihnen den Rest von Freunden geraubt. Die Entzweiung unter unsrer Bevölkerung ist demgemäß fast völlig geschwunden. Beide Theile geben zu, daß sie manchmal gefehlt und sich durch übergroßen Eifer hätten hinreißen lassen; sie sind jedoch bereit, einander alle Beleidigungen zu verzeihen. Diese Wendung legt für die Kreise unsrer Landsleute in Westfalen Zeugniß ab. In der Sache selbst ist es die höchste Zeit, daß die dortigen Polen das gegenseitige Sichbefehden unterlassen und sich mit vereinten Kräften gegen die gemeinsamen Gegner wehren.

Diese Gegner sind einzelne Franziskaner, die heut vor keinem Mittel zurückschrecken, um die polnischen Vereine zu beherrschen oder vielmehr zu unterdrücken. Daß es sich bei ihnen um die Unterdrückung der Vereine handelt, beweist vor Allem die Erfahrung, welche der St. Barbara Verein in Gelsenkirchen gemacht hat. Dieser Verein hatte f. Z. einen Zwist mit dem Pfarrer Dr. Lix und hielt darum die Seite der Franziskanerpatres. Die bekannten Bochumer Resolutionen hatte er unterschrieben, doch sagte er sich von denselben los, um die Fahne in der Kirche zu erhalten. Er war also dem Pater Andreas völlig unterthan. Dies Zugeständniß ermutigte die Germanisatoren zu neuen Forderungen, und so gebot man den Mitgliedern aus dem in Gelsenkirchen bestehenden, rein weltlichen Gesangsirkel auszutreten oder denselben aufzulösen. Sobald nicht Folge geleistet werde, sollte die Vereinsfahne den Platz in der Kirche verlieren.

Da die polnischen Vereine mit geringen Ausnahmen treu an den Bochumer Resolutionen festhalten, hat man ihre Fahnen aus der Kirche ausgeschlossen. Da nun nicht alle Vereine in Gegenwart der Patres bezüglich der Resolutionen ihre Er-

Klärung abgegeben haben, berufen die Franziskaner, ohne die Vorsitzenden zu befragen, Vereinsversammlungen ein, willens, die Verwerfung der Resolutionen und die Wahl neuer Vorsitzenden durchzusetzen. So verfuhr z. B. Pater Andreas in der obererschlesischen Kolonie Altsaden, doch erlitt er eine Niederlage. Als Pater Andreas den Beweis zu führen versuchte, daß Herr Radecki, ein wackerer Oberschlesier, kein guter Vorsitzender sei, erwiderten die Mitglieder, sie seien mit ihm zufrieden und wünschten ihn weiterhin als Vorsitzenden beizubehalten. Sodann fragte Pater Andreas, ob die Mitglieder seine Seite oder die des Vorsitzenden halten; man erklärte sich für Letzteren. Da verließ Pater Andreas den Versammlungsraum, indem er Alle, die für ihn seien, aufforderte, ihm zu folgen. Nur zwei aus dem Verein Ausgeschlossene verließen den Saal.

Nicht besser erging es dem Pater Kamillus in Osterfeld bei Oberhausen. Auf die Frage, wer für Verwerfung der Bochumer Resolutionen sei, rührte sich, wie man uns mittheilt, keine Menschenseele. In Folge dessen machte Pater Kamillus bekannt, die Fahne werde aus der Kirche ausgeschlossen werden und die Patres Franziskaner würden nicht mehr nach Osterfeld kommen. Doch half dies nichts. Auf die Frage des Pater Kamillus, ob Niemand von den Mitgliedern das Wort ergreifen werde, stand Herr Kozlowski auf und fragte, was denn die Mutter Gottes von Czestochau, die Königin Polens und der hl. Joseph, deren Bilder sich auf der Vereinsfahne befinden, an Pater Kamillus verbrochen hätten, daß er sie aus der Kirche ausschleife. Kozlowski hielt in diesem Sinne eine längere Rede, worin er für die Unabhängigkeit der polnischen Vereine eintrat. Wir bedauern, daß wir wegen Raummangels nicht die ganze Korrespondenz aufnehmen im Stande sind. Wir bemerken nur, daß der zweite Redner den Pater Kamillus darauf aufmerksam machte, daß die Fahne geweiht sei und darum in der Kirche Platz finden müsse. Derselbe Redner fragte den Pater Kamillus, ob diejenigen, welche die Bochumer Resolutionen unterschrieben hätten, auch aus dem Himmel ausgeschlossen werden würden; Pater Kamillus verneinte nach einigem Zögern. Um weitere Fragen zu vermeiden, verließ Pater Kamillus den Saal.

Auch den Josophatfonds befehlen die Franziskaner. Sie verbreiten, die geistliche Behörde habe das Sammeln von Beiträgen zu diesem Zweck untersagt; bisher hat jedoch Niemand eine derartige Verfügung gelesen. Das Volk hält aller Schikanen ungeachtet an den Bochumer Resolutionen fest und unterstützt die Josophatsache um so eifriger, wofür unsern Wackeren Anerkennung gebührt. Begebt Euch, liebe Landsleute, nicht Eurer Rechte, dann werdet Ihr früher oder später siegen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 59 der Nowa Reforma
vom 11. März 1896:

Ueber eine Woche lang zog sich im preussischen Landtage die „polnische Diskussion“ hin. Es gab eine Zeit oder vielmehr einen Augenblick, wo bei einer solchen Gelegenheit vom Regierungstische her Worte fielen, welche den scharfen Charakter der polnischen Klagen milderten. Diesmal hat sich die preussische Regierung diese Mühe nicht gegeben, sondern die Entnationalisirung der polnischen Landestheile ohne Umschweife als das gegenüber der polnischen Bevölkerung befolgte Ziel ihrer Politik hingestellt. Der Aufgabe, diese politischen Anschauungen

zu entwickeln, hatte sich wie zum Hohn auf sein Portefeuille der Kultusminister unterzogen. Und doch müßten grade Kirche und Schule vor allen sonstigen Einrichtungen der politischen Heuchelei und Begehrlichkeit entrückt werden. Indessen werden die Tempel Gottes und des Wissens in der Hand der Feinde Polens zu Werkzeugen niedriger Triebe, das Wirkungsfeld für verwilderte Förderer der Entnationalisirung. Das „zivilisirte“ Deutschland hat heut in dieser Beziehung das in Rußland geübte System angenommen. Das Bündniß ist der Bundesgenosse, und diese sind des Werkes würdig, das sie eint. Die Verbrüderung auf dem Gebiete der zivilisatorischen Mission verbindet heut beide benachbarte Staaten gegenüber der polnischen Bevölkerung. Man warte nur die Zeit ab, — bald werden die Drzewski, Klingenberg und Apuchtin für ihre heldenmüthige Propaganda des Moskowitertums aus Berlin Anerkennungstelegramme erhalten. . . .

Herr Bosse hat im preussischen Landtage die Rolle eines politischen Faktotums höheren Styles gespielt. Traktate und gesetzliche Verpflichtungen des Staates gegenüber den polnischen Provinzen gehen ihn nichts an. Er handelt im Gefühl der physischen Kraft und Uebermacht und giebt sich nicht einmal die Mühe einer rechtlichen Interpretation, sondern predigt die Vernichtung des polnischen Namens als Apostel der Bismarckschen Ausrottungsideo. Was hat Herr Bosse aus seiner Gesandtschaftsmission, die man ihm als Kultusminister anvertraute, gemacht? Er hat sie in politischem Schmutz herumgewischt, und diesen Lappen nach den Bänken der Polen zu geschwungen. Die Fahne und der Fahnenträger sind einander würdig.

Uns müßte dies Auftreten des preussischen Kultusministers mit Bezug auf den jetzigen Stand der Sachen auf preussischem Gebiet die Augen öffnen. Die Posener Ultraloyalisten sind gewiß von ihrer fieberhaften Begeisterung bereits geheilt und fangen vielleicht an, die Thatfachen nüchtern zu beurtheilen. Die polnische Bevölkerung müßte gegenüber einer solchen Regierung ihre ganze nationale Kraft in Familienkreisen und Vereinen vereinen; die Familie müßte den Kindern die Schule ersetzen, das gesellschaftliche Leben das verschmelzen, was die polnische Familie auferzogen hat.

Was den Selbstschutz anbelangt, so haben wir das Recht, seitens der katholischen Kirche auf preussischem Gebiet ausgiebigeren Beistand zu erwarten. Nicht in allen preussischen Provinzen berücksichtigt die kirchliche Verwaltung daselbst die Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung. Im Großherzogthum selbst sind die Verhältnisse bessere; doch in Schlesien und sogar in Westpreußen drängt man der polnischen Bevölkerung deutsche Seelsorger auf, die für das Bismarckthum eifriger Propaganda machen als für den Katholizismus. Diese Verhältnisse müßten einmal klargelegt werden und die Kirche sollte zu ihren durch die katholische Ethik, nicht durch die preussische Politik bestimmten Aufgaben zurückkehren.

Wir erkennen an, daß das Centrum sowohl in den letzten Kämpfen im preussischen Landtage, als auch bei so vielen anderen Gelegenheiten auf Seiten der polnischen Fraktion gestanden hat. Nicht minder wünschen wir jedoch, daß dieselbe Partei die Bedürfnisse der katholischen, polnischen Bevölkerung Schlesiens, gegen welche sie bei den Wahlen unnöthiger Weise auftritt, in gerechtere Erwägung zöge. Es genügt uns nicht, salbungsvolle, katholische Schlagworte zu hören; wir müssen deren Anwendung auf das öffentliche und politische Leben sehen. Wahrheit und Gerechtigkeit können in der Kirche nicht anders aussehen, als im öffentlichen Leben. Es ist nicht genug, Gerechtigkeit zu verkünden, sie muß vor Allem da geübt werden, wo man die interessirte Seite ist.

Die Ausführungen des Herrn Bosse und die wüthende, freche Agitation der G.-R.-Listen müßte die polnische Gesamtheit auf preußischem Gebiet unter die Waffen rufen, und diese sollte alle legalen Mittel zum Schutze ihrer selbst ausnützen. Bei dieser Thätigkeit hat sie das Recht, auf unsre Hülfe zu rechnen. Herr Bosse hat den Handschuh allen Polen zugeworfen, sie mögen wohnen, wo sie wollen, und er kann ruhig sein: wir werden ihn aufheben und dahin ihn zurückschleudern, woher er gekommen ist. Bei Worten werden wir nicht stehen bleiben, sondern auf die erste Aufforderung hin, die von preußischem Gebiet aus an uns ergeht, unsern Brüdern zu Hülfe eilen. Vom legalen Boden werden wir nicht abweichen, sondern uns wehren bis aufs Aeußerste und in diesem Kampfe, so Gott will, die Gelüste des Herrn Bosse und diesen selbst überleben.

Aus Nr. 61 des Nowa Reforma
vom 13. März 1896.

Während die deutsche Begehrlichkeit im preußischen Landtage Orgien feiert, der Minister Bosse dem polnischen Element Vernichtung ankündigt, begegnet ein österreichisch-ungarischer Minister polnischer Nationalität der ausgesuchten Höflichkeit in den höchsten Regierungskreisen Berlins, sitzt er mit dem deutschen Kaiser zu Tische, konferirt er mit Letzterem, sowie mit Dessen Kanzler im Namen des Staates, dessen Vertreter er ist, mit Bezug auf weitreichende Fragen der äußeren Politik. Wir wissen wohl, daß der Minister Goluchowski aus dem Rahmen seines amtlichen Charakters nicht heraustreten kann; wie in Wien, so ist er in diesem Augenblick in Berlin österreichisch-ungarischer Minister der Aeußern. Doch wird auch Niemand fortleugnen wollen, daß er Pole gewesen ist, ehe er Diplomat war und daß kein Mensch von ihm gefordert hat, er solle seine Nationalität verleugnen; ein gleiches Verlangen hat Niemand an die drei übrigen Minister polnischer Nationalität gerichtet, die man in Oesterreich in den Kronrath berufen hat.

Wir haben uns mit Bezug auf die Folgen der Berufung von Polen auf österreichische Ministerposten nie Täuschungen hingegeben. Auffallend ist jedoch in diesem Augenblick die Thatsache, daß während in Oesterreich in den wichtigsten und schwersten Augenblicken unter den Polen Rath und Hülfe für den Staat gesucht wird, man im anderen benachbarten, ja verbündeten Staat, gleichzeitig den Kreuzzug gegen das polnische Element verkündet, dasselbe Element, in welchem Oesterreich seinen Stützpunkt sucht. Im höchsten Grade bezeichnend ist aber der Umstand, daß der Mittler zwischen diesen beiden Staaten, dessen maßgebende Kreise einen prinzipiell so verschiedenen Standpunkt in der polnischen Frage einnehmen, heut ein Diplomat polnischer Nationalität ist, der sich unter dem Einvernehmen beider Staaten der schweren Mission unterzieht, die ins

Schwanken gerathenen Beziehungen des Dreibundes wieder zu festigen.

Einer der beiden Staaten, Oesterreich-Ungarn oder Deutschland irrt sich grundsätzlich in den Anschauungen bezüglich der polnischen Frage. Herr Bosse hat sein Urtheil dahin abgegeben, die österreichische Taktik sei irrig; da der preußische Kultusminister jedoch vergessen hat, vorher ein Patent auf politische Unfehlbarkeit zu erwerben, haben seine Worte auf uns weder Eindruck gemacht, noch die Grundfesten des Kabinetts Badeni erschüttert, noch die Mission des Grafen Goluchowski abgeschwächt. Herr Bosse konnte sich ferner überzeugen, daß die Polen auch in diesem Falle nicht die Seite sind, welche nach der fremden Hand greift, wenn man ihr den Finger reicht, daß nicht sie diese Hand suchen, sondern daß sie grade der gesuchte Theil sind.

Der Mission des Grafen Goluchowski mißt, ungeachtet daß derselbe Pole ist, ganz Deutschland keine geringere Bedeutung bei, als Oesterreich-Ungarn. Hier handelt es sich nicht mehr darum, ob Italien fernerhin der dritte Staat im Bunde sein soll, sondern um etwas von weit erheblicherer Tragweite, — um die engere Verknüpfung der Bande zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegenüber der Hegemonie Rußlands in Europa einerseits und um die ernstesten im Osten sich vorbereitenden Vorfälle andererseits. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich war stets zweifelhafter Natur; die Heuchelei in ihren Beziehungen hat Bismarck eingeführt, und als das Steuer der Politik aus dessen Hand in die Kaiser Wilhelms überging, wurde dies Verhältniß trotz allen äußeren Scheines unberechenbar.

Kaiser Wilhelm hat bei allen wichtigeren politischen Vorgängen eine selbständige Politik verfolgt, ohne sich um seine Bundesgenossen zu bekümmern. Die ewige Liebäugelei mit dem russischen Hofe, der dieselbe artig zu erwidern geruhte, gleichzeitig aber die Bande mit Frankreich enger knüpfte; die Foderung der Beziehungen zu England; die Verwirrung in der Kollektivaktion in Konstantinopel: Alles das drohte die österreichisch-deutsche Allianz umzustößen und die Grundlagen des Dreibundes, in dem man die feste Burg des europäischen Friedens zu erblicken sich gewöhnt hatte, zu beseitigen.

Graf Goluchowski soll mittelst persönlicher Intervention das wieder gut machen, was unvorsichtiger Weise verdorben und erschüttert worden ist. Seine Nationalität bereitet ersichtlich seiner Mission kein Hinderniß, da man ihm derentwegen keinen Vorwurf gemacht hat, wenngleich man sich bemühte, sie zu übersehen. Wir waren der Ansicht, daß es einem polnischen Blatte in diesem Augenblick, wo die preußische Regierung die Deutschen gegen die polnische Nationalität als eine für die Gesamtheit des Staates feindliche aufruft, ziemte, dieses Umstandes Erwähnung zu thun.

